



**Freie
Demokraten**

FDP Frankfurt

Frankfurt

gestalten.

Was wirklich zählt.

Zukunftsprogramm

der Freien Demokraten

zur Kommunalwahl

am 14. März 2021

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL	3
WIRTSCHAFT, KREATIVWIRTSCHAFT, FINANZEN	6
STADTENTWICKLUNG	15
MOBILITÄT	20
BILDUNG	28
KULTUR	34
DIGITALISIERUNG	41
UMWELT	53
SPORT UND FREIZEIT	59
SICHERHEIT UND ORDNUNG	64
SOZIALES, GESUNDHEIT & GESELLSCHAFT	70
EUROPA	78
FRAUEN	80
INTEGRATION	82

PRÄAMBEL

Frankfurt am Main ist eine der lebenswertesten Städte der Welt – das wissen die Autoren internationaler Studien genauso gut wie wir, die wir das Herz des Rhein-Main-Gebiets unser Zuhause nennen. Der Blick auf die Skyline zwischen EZB und Westhafen, eine Fahrradtour von Höchst bis Bonames entlang der Nidda oder stimmungsvolle Abende zwischen Sachsenhausen, Bahnhofsviertel, Friedberger Platz und Grüneburgpark machen klar: Unser Frankfurt bietet die Vielfalt der ganzen Welt in einer Stadt.

Wir Freien Demokraten in Frankfurt geben uns mit nichts weniger zufrieden. Wir wollen das Gute besser machen und dort, wo unser Frankfurt noch nicht mithalten kann, einen Sprung nach vorne machen und Defizite konsequent beseitigen. Unser Maßstab ist nicht der Blick in die Vergangenheit oder der Erhalt des Status Quo, sondern die Stadt der Zukunft. Die Kommunalwahl 2021 bietet den Bürgern Gelegenheit, die Entwicklung Frankfurts zu einer liberalen, zukunfts offenen und erfolgreichen Metropole zu stärken.

Wir wollen die Entwicklung unserer Stadt in die Hand nehmen und die Stadt gestalten, statt nur zu verwalten. Die Entscheidungsschwäche der bisherigen Koalition wollen wir überwinden und legen dazu ein Zukunftsprogramm für die Stadt Frankfurt am Main vor.

Frankfurt ist für uns nicht nur die Stadt der Banken und des wichtigsten deutschen Flughafens, sondern auch ein Zentrum der digitalen Ökonomie. Mit einem der größten Messegelände der Welt, einer starken Kreativwirtschaft und einem leistungsfähigen Dienstleistungssektor schaffen wir Wohlstand für über 750.000 Bürgern. Und unser Frankfurt wächst weiter. Dieses Wachstum gilt es weiter zu gestalten.

Als Freie Demokraten vertrauen wir auf die schöpferische Leistungsfähigkeit der Menschen in unserer Stadt, ob in Start-Ups, im Handwerk oder in Kunst und Kultur. Wir sind aber auch überzeugt, dass ein gesunder Wirtschaftsmix nicht ohne Industrie gedacht werden kann und begrüßen den von Verbänden, Unternehmern, Gewerkschaften und Politik gemeinsam erarbeiteten „Masterplan Industrie“. Die globale Vernetzung und internationale Ausrichtung unseres Wirtschaftsstandorts erfordern gerade in der Covid-19-Pandemie ein besonderes Engagement der Kommunalpolitik. Betriebe aus der Gastronomie, dem Freizeit-, Sport-, Tourismus- und Kultursektor benötigen ebenso wie Solo-Selbstständige und Global Player verlässliche Antworten, wie sie ihre unternehmerische Tätigkeit in der Krise fortführen können. Anstelle kurzsichtiger Alleingänge der Verwaltung fordern wir rechtssichere Lösungen, die Menschen Orientierung geben.

Unter Mobilität verstehen wir gelebte Freiheit. Wir bevorzugen nicht einzelne Verkehrsmittel, sondern treten für ein gleichberechtigtes Nebeneinander ein. Die Wahlfreiheit der Verkehrsmittel sehen wir als unverzichtbaren Teil eines selbstbestimmten urbanen Lebens an. Wir begrüßen den technologischen Fortschritt im Verkehrswesen, der durch den Wettbewerb der besseren Ideen bestimmt wird, und wollen eine emissionsfreie Mobilität technologieoffen

erreichen. Wir sind überzeugt davon, dass dies auch in Frankfurt am Main ebenso wie in London, Amsterdam, Rom und Kopenhagen mit innovativen Konzepten bis spätestens 2035 gelingen kann. Als erste Partei haben wir dabei ein umfassendes Verkehrskonzept für Frankfurt erarbeitet, das mutige Lösungen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsträger im Sinne eines zügigen und sicheren Vorankommens für alle aufzeigt. Denn die Vielfalt einer Metropole spiegelt sich auch in der Vielfalt ihrer Verkehrsträger wider.

Wie in allen deutschen Ballungsräumen treiben die zunehmende Nachfrage nach Wohnraum, teure Bauauflagen und steigende Steuern die Preise für Miet- und Eigentumswohnungen in die Höhe. Mietpreisbremsen, -stopps und andere Eingriffe lindern nur Symptome, wie dies derzeit in Berlin zu erleben ist, und verknappen im Ergebnis das Angebot weiter. Wir nehmen die Marktsignale ernst und wollen das Angebot an Wohnraum spürbar erhöhen. Nachverdichtung in den Stadtteilen, ein klug fortgeschriebener Hochhausrahmenplan auch für Wohntürme und mehr Bauland stärken den Metropolencharakter und entspannen den Wohnungsmarkt. Zusätzlich wollen wir die Kosten sowohl für Wohneigentum als auch für Mietverhältnisse senken, indem wir Satzungen entschlacken und uns für einen Grunderwerbssteuer-Freibetrag von 500.000 Euro für die erste selbstgenutzte Wohnung einsetzen.

In der Metropole der Zukunft wird Digitalisierung nahezu alle Lebensbereiche berühren. Ob effiziente und barrierefreie Dienstleistungen der Verwaltung, virtuelle Parkraum- und automatisierte Verkehrssysteme in der Smart City, digitale Stadtführungen in „Virtual und Augmented Reality“, ein Festival der Digitalkultur oder mehr Raum für forschende Unternehmen: Wir Freien Demokraten sehen Digitalisierung als einen elementaren Teil zukünftiger Stadtentwicklung und uns als digitale Tempomacher.

Mehr Tempo fordern wir auch für die junge Generation: Unser Frankfurt soll Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen Zugang zur weltbesten Bildung ermöglichen, statt Mängel zu verwalten. Flexible Betreuungszeiten, der Neubau von Schulen fast aller Typen und überfällige Sanierungen im Bestand müssen mit hoher Priorität angegangen werden. Wir legen großen Wert auf die Ausstattung mit modernen und qualitativ hochwertigen Lernmitteln, ein gesundes Schulklima und Integrationsangebote, die Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund fördern. Mit Nachdruck setzen wir uns dafür ein, den enormen Rückstand Frankfurter Schulen in der Digitalisierung zu beheben und die großen Potenziale digitalen Lernens endlich auszuschöpfen – nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der mit Covid-19 verbundenen Herausforderungen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass sich Kinder und Jugendliche in geeigneten Formaten an der Kommunalpolitik beteiligen können.

Zivilgesellschaftliches Engagement in Jugendzentren, Pflegeheimen und Integrationsarbeit, in Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen, in Vereinen, Verbänden und vielen weiteren Bereichen unseres Alltags bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch während Ehrenamtliche gute Arbeit leisten, nutzen einige wenige schwarze Schafe das undurchsichtige

System der öffentlichen Finanzierung, um sich auf dem Rücken der Freiwilligen zu bereichern. So entstand bei der AWO ein Millionenschaden, weil Kontrollmechanismen der Verwaltung fehlten oder versagten. Wir sind überzeugt, dass Ehrenamtliche Respekt und Transparenz in den Strukturen verdienen, die Oberbürgermeister und Magistrat verantworten. Indem wir die AWO-Affäre mit aufklären, stärken wir ihnen den Rücken und zeigen Wertschätzung für ihre Arbeit.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung leisten einen entscheidenden Beitrag für den sozialen Frieden innerhalb der Metropole, müssen jedoch in einer sachgerechten Balance zu den Bürgerrechten stehen. Statt neue Sicherheitsgesetze zu erarbeiten, treten wir dafür ein, bestehende Gesetze durchzusetzen und das Ordnungsamt mit den hierfür nötigen Mitteln auszustatten. Die konsequente Durchsetzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist uns dabei ebenso ein Anliegen wie die Gewährleistung der Frauenrechte etwa im Bahnhofsviertel und der Schutz von Ordnungs- und Rettungskräften gegen verbale und körperliche Angriffe. Außerdem bedarf es auch in Frankfurt einer kommunalen Informationsfreiheits- und Transparenzsatzung.

In einem Leitbild haben wir Freien Demokraten in Frankfurt unsere Vorstellung eines liberalen Miteinanders festgehalten. Der Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft ist die Richtschnur unseres Programms. Zusammenhalt heißt Respekt vor Andersdenkenden, weil eine Gemeinschaft nur so stark sein kann, wie sie offen mit anderen Meinungen, religiösen Bekenntnissen oder sexuellen Orientierungen umgeht. Zusammenhalt heißt Interessen auszugleichen, statt auf Verbote und einseitige Regulierung zu setzen. Zusammenhalt heißt sich in einer freien Gesellschaft auf Augenhöhe zu begegnen und das Individuum zu sehen, statt in Schubladen zu denken.

Auf den folgenden Seiten stellen wir unsere Vision für das Frankfurt von morgen vor. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen und bitten Sie am 14. März 2021 um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

WIRTSCHAFT, KREATIVWIRTSCHAFT, FINANZEN

Frankfurt, Wirtschaftsmotor im Herzen Europas!

Die Menschen in Frankfurt haben diese Stadt über Jahrhunderte zu einer wirtschaftlich starken, prosperierenden und liberal orientierten Metropole im Herzen Europas entwickelt. Heute ist Frankfurts Wirtschaft Impulsgeber und Motor der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet, für Hessen, Deutschland und Europa. Frankfurt sichert Arbeitsplätze weit über die Stadtgrenzen hinaus und ist eng mit den Nachbargemeinden verwoben. Gleichzeitig steht Frankfurt aber auch im Wettbewerb innerhalb der Region sowie mit anderen Metropolregionen in Deutschland und in Europa. Frankfurts Wirtschaft muss sich auch den Herausforderungen einer wandelnden Arbeitswelt, der Digitalisierung und einem schonenden Umgang der natürlichen Ressourcen anpassen.

Wir Freien Demokraten stehen daher hinter den mutigen Start-Ups, den Selbständigen jeder Größe, innovativen Handwerksunternehmen, den traditionellen und doch oft besonders innovativen Unternehmen aus dem Mittelstand, den Kreativen, Gastronomen, allen kreativen, innovativen und anpackenden Unternehmen und Menschen, die Jobs in dieser Stadt sichern oder schaffen, und ermutigen sie bei Ihrem Engagement nach Kräften. Die Freien Demokraten wollen privates marktwirtschaftliches Engagement ermutigen und private Initiative entfesseln: Nur so werden Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen, zukunftsfähige Innovationen gefördert und notwendige Anpassungen an die Erfordernisse einer Metropole des 21. Jahrhunderts gelingen.

Von Industrie über Handwerk zu Kreativen und Start-Ups: Frankfurt braucht alle!

Für die Metropole Frankfurt am Main ist ein gesunder Wirtschaftsmix mit unterschiedlichen Akteuren wie Gewerbe, Handwerk, Mittelstand, Dienstleistung, Großunternehmen, Solo-Selbstständigkeit, Finanzsektor, Marketing, Gastronomie, Kreativwirtschaft, freie Berufen, Pharma-, Biotechnologie- oder Chemieunternehmen sowie klassische Industriearbeitsplätze von vitaler Bedeutung. Die Wirtschaft steuert mit einem Milliardenbetrag über die Gewerbesteuer fast die Hälfte des Stadthaushalts bei. Diese sich gegenseitig befruchtende vielfältige Wirtschaftsstruktur ist der Treiber der Dynamik und Modernität unserer Heimatstadt.

Die Herausforderungen von Covid-19 zeigen uns, wie wertvoll eine solche vielfältige Struktur ist, um die Arbeitsplätzen in unserer Stadt zu erhalten. Wir Freien Demokraten stehen zu dieser Vielfalt und wollen ihr mehr Raum zur Entfaltung geben. Daher konzentrieren wir uns besonders darauf, den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main in den kommenden fünf Jahren zu sichern, zu stärken und auszubauen. Um Arbeitsplätze in Frankfurt zu sichern und neue anzusiedeln, setzen sich die Freien Demokraten dafür ein, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Frankfurt weiter zu steigern.

Industrie Arbeitsplätze haben in unserer Stadt Tradition (insbesondere in den Stadtteilen Fechenheim, Höchst oder Griesheim). Auch in Zukunft werden sie neben weiteren Wirtschaftsakteuren ein zentrales Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt darstellen. Wir wollen die Arbeit rund um den „Masterplan Industrie“ fortsetzen und die Ziele und Projekte, die im Masterplan Industrie erarbeitet und festgelegt wurden, umsetzen und beschleunigen.

Handwerker- und Gewerbehöfe für die Standortsicherung errichten

Wir wollen, dass Frankfurt ein attraktiver Standort für Handwerksbetriebe bleibt und zusätzlichen Raum für die Betriebe geben. Wir wollen gemeinsam mit dem Frankfurter Handwerk ein Konzept zu dessen Erhalt und zur Errichtung von Handwerkerhöfen entwickeln. Grundstücke müssen zügig planungsrechtlich ausgewiesen und die Interessen von bestehenden und neu anzusiedelnden Handwerksbetrieben bei der Entstehung neuer Areale berücksichtigt werden. Attraktive Handwerker- und Gewerbehöfe sollen sich auch an innovative Servicebranchen und Start-Ups richten und sind auch in Wohn- und Wohnmischgebieten vorzusehen, um das Nebeneinander von Arbeit und Wohnen in lebenswerten Quartieren zu fördern.

Klassische Gewerbe- und Industriegebiete erhalten und modernisieren

Gewerbe- und Industriestandorte müssen den in Frankfurt ansässigen Firmen die Möglichkeit zur Expansion und gleichzeitig eine zeitgemäße digitale Infrastruktur bieten. Wir wollen das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm realisieren und so neue Industrie- und Gewerbeflächen entwickeln. Ein wichtiger Gesichtspunkt für uns ist dabei eine zukunftsfähige Struktur der Grundstücksflächen.

Osthafen erhalten

Der Osthafen als klassischer Industriestandort muss erhalten bleiben. Dabei handelt es sich um eines der wenigen verbliebenen reinen Industrieareale Frankfurts mit hervorragender Anbindung. Die Freien Demokraten stehen zur Bestandsgarantie, die der Industrie für eine langfristige Nutzung gegeben wurde. Wir wollen den Osthafen erhalten, da der Gütertransport über Binnengewässer stetig zunimmt, Straße und Schiene immens entlastet und durch den trimodalen Umschlag (Wasserweg, Schiene, Straße) für internationale Transporte von herausragender Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund lehnen die Freien Demokraten Frankfurt eine Wohnbebauung oder die Ansiedlung von Oper und Schauspielhaus in diesem Gewerbegebiet ab. Für bereits vorhandene anderweitige Nutzungen wollen wir nach Möglichkeit Ersatzflächen zur Verfügung stellen.

Entwicklung des Industrie- und Gewerbestandortes

Unsere Unternehmen brauchen Flächen. Um den Industrie- und Gewerbestandort langfristig zu sichern und attraktiv zu gestalten, brauchen wir ein Flächenmonitoring, das Gewerbeflächen bewertet und damit Potenziale offenlegt, die wir derzeit nicht nutzen. Wir müssen Lösungen für vorhandene Flächen finden, die derzeit nicht bebaubar sind, z. B. weil Oberleitungen oder Glasfaserleitungen eine Bebauung verhindern.

Das Miteinander von Gesellschaft und Wirtschaft hat bei uns einen hohen Stellenwert. Wir wollen bei der Erweiterung und der Erschließung von Flächen für neue Industrie- und Gewerbegebiete möglichst viele Akteure einbeziehen stehen aber dafür, dass Politik handlungs- und entscheidungsfähig ist und bleibt.

Die Freien Demokraten unterstützen, dass sich bereits existierende Gesellschaften um die Entwicklung und Bewirtschaftung von Schlüsselgrundstücken, Problemliegenschaften und Leerstände kümmern. Die Stadt soll nur dann Gewerbegrundstücke erwerben, wenn sich kein privater Investor findet und eine Branche städtebaulich nicht erwünscht ist.

Wir setzen uns für ein Konzept für Rechenzentren ein: Frankfurt ist ein digitaler Knotenpunkt, deshalb ist es gut, dass sich Rechenzentren in Frankfurt ansiedeln. Aufgrund der Flächenknappheit müssen wir diese Entwicklung planerisch gestalten. Dabei sind die entstehenden Arbeitsplätze und der Energieverbrauch zu berücksichtigen. Wir befürworten eine Cluster-Bildung und werden kurzfristig prüfen, welche Cluster Raum für weitere Entwicklung bieten und ob und wo sich weitere entwickeln lassen.

Messestandort zukunftsfähig machen

Mit über 700 Mio. Umsatz, 2.500 Mitarbeitern weltweit und 5,1 Mio. Besuchern auf allen nationalen und internationalen Veranstaltungen ist die Messe Frankfurt die größte Messengesellschaft weltweit mit eigenem Gelände. Die Messe Frankfurt ist für 3.6 Milliarden Euro Umsatz in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main verantwortlich und ist damit unser größter Wirtschaftsförderungsmotor in vielfältigen Branchen. Dies gilt es zu erhalten und auszubauen.

Wir fordern:

- Nach den desaströsen Erfahrungen mit der IAA muss sich die Stadtpolitik unmissverständlich zur Messe Frankfurt bekennen und sich dafür einsetzen, den Messestandort zu stärken, bestehende Messen in Frankfurt zu halten und das Unternehmen mit allen Kräften dabei zu unterstützen, neue Veranstaltungen für Frankfurt zu gewinnen.
- Soweit die Messe Frankfurt – wie andere Unternehmen auch – durch Covid-19 unverschuldet in eine Schieflage gerät, bedarf es der politischen und ggf.

wirtschaftlichen Unterstützung, um die führende Position im internationalen Messegeschäft nicht zu gefährden und die Auswirkungen für die hiesige Wirtschaft (Gastronomie, Hotellerie, Dienstleistungen etc.) möglichst gering zu halten.

- Die Stadt soll sich bei Publikumsthemen wie Mode (Fashion-Week), Musik (Musikmesse / Musikmesse Festival) oder Mobilität (Hypermotion / automechanica) und anderen sinnvollen Formaten finanziell unterstützend engagieren, um die Attraktivität Frankfurts insgesamt zu fördern. Durch digitale Formate und das veränderte Reiseverhalten wird sich das Messegeschäft weltweit verändern. Daher wollen wir digitale Messeformate, die sich eignen, die Attraktivität für Anbieter und Teilnehmende zu steigern, wollen wir auch mit Blick auf die Tourismus-Branche in die Stadt bringen.
- Ein ganzheitliches und stadtweites Messekonzept: Damit der Messestandort attraktiv und zukunftsfähig bleibt, wollen wir für die Messe eine Perspektive über alle politischen Felder hinweg schaffen. Wir brauchen an Messetagen eine zuverlässige verkehrliche Infrastruktur, welche die Bedürfnisse der Gäste, der Anbieter, der Beschäftigten und der Menschen vor Ort besser miteinander in Einklang zu bringt. Messen müssen auch jenseits des Messegeländes ihren Platz in der Stadt finden: Für die Messe der Zukunft wollen wir die Innovationskraft der Messe weiter stärken und dabei auch hybride Messe-Angebote schaffen. Da, wo es sich anbietet, wollen wir in der Innenstadt und in Stadtteilen, in Gewerbegebieten und in kulturellen Einrichtungen Kooperationen ermöglichen.

Einzelhandel Perspektiven geben

Der Frankfurter Einzelhandel ist seit Jahren einem erheblichen Wandel unterworfen. Einkaufsverhalten und Lebensumstände haben sich deutlich verändert. Einerseits wollen viele Menschen eine attraktive Stadt mit Erlebnischarakter, auch beim Einkaufen. Es wird ein hochwertiges Ambiente, gepaart mit einem ansprechenden gastronomischen Angebot erwartet. Zusätzlich steht der Einzelhandel auf der Zeil, aber auch in den Stadtteilen, durch den steigenden Anteil des Internet-Handels unter erheblichem Anpassungsdruck. Durch Covid-19 haben sich diese Veränderungen weiter beschleunigt. Immer mehr neue Geschäftsmodelle werden entstehen, sodass sich das Einzelhandelsbild im Zentrum und in den Stadtteilen wandeln wird.

Einkaufen in der Innenstadt muss wieder deutlich attraktiver werden. Dafür braucht es eine hohe, durch Sicherheit und Sauberkeit geprägte, Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum mit einer großen auch kulturellen Vielfalt an Konzepten und Angeboten aus verschiedenen Branchen. Inhabergeführte Geschäfte in den Nebenstraßen der Zeil mit ihrer Mischstruktur sind wichtig für die Attraktivität der Innenstadt. Für die Gestaltung von zentralen Orten und Plätzen soll ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden. Besonderer Beachtung bedürfen auch die Randgebiete der Innenstadt und die Stadtteilzentren, die häufig für die

Versorgung der lokal ansässigen Bevölkerung – auch wegen Covid-19 – eine wieder wichtigere Rolle wahrnehmen.

Wir fordern:

- Für die gesamte Innenstadt von Frankfurt muss deshalb ein Konzept entwickelt werden, das den vielfältigen – und teilweise auch divergierenden – Ansprüchen genügt.
- Der Handel in Frankfurt braucht eine attraktive, erreichbare und sichere Innenstadt und Stadtteilzentren. Dabei geht es zum einen um eine attraktive Gestaltung und einladende Aufenthaltsflächen. Zum anderen müssen sowohl die Innenstadt als auch die gut besuchten Einkaufsstraßen in den Stadtteilen (Berger Straße, Leipziger Straße, Eckenheimer-, Eschersheimer Landstraße, der Sandweg, Schweizer Straße, Oeder Weg) für die einkaufende Bevölkerung, die Beschäftigten und Logistik gut erreichbar und miteinander vernetzt sein.
- Moderne Citylogistik- und Mobilitätskonzepte sollen die Zentren in den Stadtteilen besser untereinander und an die Innenstadt anbinden. Die Versorgung des Handels, der Industrie, Geschäften und Gaststätten, aber eben auch von Privathaushalten liegt im Interesse Frankfurts. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Güterverkehre effizient und ressourcenschonend abgewickelt werden.
- Die Freien Demokraten setzen sich für ein koordiniertes und funktionierendes City-Management für die Innenstadt ein, bei dem Stadtpolitik, IHK, Handel und Institutionen gemeinsam vertreten sind. Das City-Management muss so ausgestattet sein, dass positive Impulse für den Einzelhandel erzielt werden können.
- In allen Bereichen, insbesondere der Innenstadt, soll proaktiver auf Leerstand reagiert werden. Wir brauchen für Frankfurt ein geeignetes Konzept, das den Leerstand von Ladenflächen verhindert und gleichzeitig eine Vielfalt an Angeboten sichert.
- Der lokale Einzelhandel muss mit einer klaren und rechtssicheren Grundlage zur weitreichenden Ermöglichung verkaufsoffener Sonntage unterstützt werden.
- Wir wollen ein ganzheitliches Konzept zur Renovierung und Umgestaltung von städtischen Liegenschaften, wie beispielsweise der B-Ebene an der Hauptwache und der Konstablerwache, um dortigen Einzelhandel zu stärken und voranschreitenden Leerstand zu verhindern.
- Die Frankfurter Politik sollte neue nachhaltige Konzepte wie z. B. einen Nachtmarkt auf dem Rossmarkt/Goetheplatz ermöglichen.

Start-Ups, Innovationstreiber, Hidden-Champions und Kreativwirtschaft sind die Unternehmen der Zukunft!

Viele neue Arbeitsplätze entstehen durch Neugründungen. Start-Ups und Gründungswillige müssen mit offenen Armen von der städtischen Verwaltung empfangen werden. Eine Gründerkultur entwickelt sich dort, wo Menschen nicht nur gute Ideen haben, sondern diese auch verwirklichen können.

Um diese Ideen umzusetzen ist es erforderlich, dass die Genehmigungen für den Gründungsstart zügiger erfolgen. Insbesondere für Gründeranliegen wollen wir in der öffentlichen Verwaltung das Prinzip des „One-Stop-Shop“ umsetzen – ein Kontaktpunkt für alle Anliegen. Um alle Potenziale zu nutzen, ist die Zusammenarbeit und Vernetzung von Wirtschaft, Universität, Hochschule und die Unterstützung der Stadt und der Rhein-Main-Region enorm wichtig.

Wir fordern:

- Das Wirtschaftsdezernat der Stadt Frankfurt muss ein Gründerkonzept entwickeln, das die vorhandenen Stärken Frankfurts herausarbeitet und im In- und Ausland für unsere Stadt als Standort im Herzen Europas wirbt. Am besten soll dies mit kundigen Institutionen wie z. B. den Business Angels Rhein-Main entwickelt werden.
- Die Freien Demokraten Frankfurt fordern die Weiterentwicklung des Industrieparks Fechenheim zu einem Inkubator für Start-Ups und agiles Arbeiten.

Wir fordern für die Kreativwirtschaft:

- Frankfurt braucht endlich ein House of Creativity & Innovation (HOCl). Frankfurt/Rhein-Main ist bereits ein Vorreiter in der Initiative und Umsetzung bei branchenspezifischen Cluster- und Netzwerkhäusern. Nach dem House of Finance (HOF), dem House of Pharma (HOP), dem House of IT (HIC) und dem House of Logistics and Mobility (HOLM) ist die Zeit reif. Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat allein in Hessen 14,2 Milliarden Euro Umsatz, 127.000 Erwerbstätige, 21.500 Kreativunternehmen und somit Platz 3 aller Branchen in Hessen. Ein House of Creativity & Innovation manifestiert diese Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropolregion.

Gastronomie steht für Lebensqualität!

Eine attraktive Gastronomie und lebendige Veranstaltungen prägen die Lebensqualität einer Stadt in einem erheblichen Maße. Für das internationale Flair unserer Stadt ist das breite Angebot an Restaurants und Hotels ein entscheidender Baustein. Durch die Einschränkungen im Rahmen von Covid-19 ist diese Branche ganz besonders getroffen. Gerade kleine mittelständische Gastronomieunternehmen bangen um das wirtschaftliche Überleben.

Wir fordern:

- Es muss ein Konzept zur Unterstützung der Gastronomie entwickelt werden. Außengastronomie muss ausgeweitet werden dürfen. Dazu braucht es unbürokratische Regelungen und eine enge Zusammenarbeit bei städtischen Veranstaltungen. Die vereinfachte Nutzung und Erweiterung der Außengastronomieflächen soll auch langfristig möglich sein.
- Mehr Wettbewerb bei Veranstaltungen – insbesondere im öffentlichen Raum. Wir wollen privaten Unternehmen die Organisation von Festivitäten in Frankfurt ermöglichen; hier gibt es viele kreative und professionelle Agenturen und Veranstaltungsunternehmen. Städtische Organisationen und GmbHs sollen nicht in Wettbewerb mit Privaten treten, dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen und schwächt dazu das notwendige privatwirtschaftliche Engagement.

Pro Flughafen – Flugzeuge müssen fliegen!

Mit über 80.000 Beschäftigten ist der Frankfurter Flughafen die größte Arbeitsstätte in Deutschland. Lufthansa und Fraport gehören zu den größten Arbeitgebern in Hessen und sind für Frankfurt ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Die Situation rund um die Einschränkungen und Folgen von Covid-19 wird dazu führen, dass der Flughafen erst in einigen Jahren wieder das Niveau der Flugbewegungen von 2019 erreicht wird.

Wir fordern:

- Unterstützung, erst recht in der Krise: Wir sehen auch die Kommunalpolitik in der Pflicht, die Wiederherstellung der vollen Leistungsfähigkeit des Frankfurter Flughafens aktiv zu begleiten.
- Frankfurts Position als Europas Drehkreuz stärken: Die Politik sollte sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Zukunft des Luftverkehrsstandortes Frankfurt-Hessen als deutsches Tor zur globalisierten Welt langfristig gesichert wird. Die aktuelle Situation sollte auch als Chance begriffen werden, Konzepte für eine nachhaltige Flughafenentwicklung zu erarbeiten, die unseren Flughafen (wieder) zum modernsten und innovativsten Luftverkehrsstandort Europas macht. Die im Mediationsverfahren festgelegten Betriebszeiten sollten beibehalten und insbesondere in den für den Interkontinentalverkehr wichtigen Nachtrandstunden stabil bleiben.

Der Finanzplatz Frankfurt ist Gold wert!

Frankfurt gehört zu den führenden Finanzplätzen der Welt. Der Sitz von EZB und Bundesbank, die Zentralen der meisten großen deutschen Banken und die zahlreichen Niederlassungen internationaler Finanzinstitutionen aller Größen belegen dies. Zahlreiche internationalen Finanzunternehmen, -institutionen sowie Aus- und Fortbildungsstätten für die Finanzbranche

(Frankfurt School of Finance & Management, House of Finance etc.) haben Frankfurt bewusst als Standort gewählt – aufgrund der zentralen Lage und der Attraktivität der Stadt nicht nur als Arbeits- sondern auch als Wohnort. Viele gut bezahlte Arbeitsplätze sind eng mit dem wichtigsten Finanzzentrum in Kontinentaleuropa verbunden.

Wir fordern:

- Die Förderung der Gründung und Ansiedlung europäischer FinTech's und finanznaher Dienstleistungsunternehmen; Frankfurt am Main soll der wichtigste FinTech-Standort Europas werden.
- Aufgrund der Bedeutung für Rhein-Main und Hessen sollen sich die Stadt Frankfurt und das Land Hessen abgestimmt für den Finanzplatz Frankfurt auf Bundes-, Europa- und internationaler Ebene partnerschaftlich einsetzen.

Verlässliche kommunale Strukturen: Gesunde Finanzen für eine starke Stadt für alle!

Wir Freien Demokraten sind der Überzeugung, die (finanzielle) Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit unserer Städte sichern den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das Vertrauen in staatliche Institutionen. Unsere Stadt ist in der Regel die erste Anlaufstelle für die Menschen und ihre Anliegen. Gerade nach der Covid-19-Pandemie mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Auswirkungen wollen die Freien Demokraten die wirtschaftliche Dynamik der Stadt so schnell wie möglich wiederherstellen und fördern. Es ist unser Ziel, den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt langfristig und nachhaltig zu erhalten. Daher müssen die Ausgaben unserer Stadt effizient und zielgerichtet eingesetzt werden mit dem Ziel, die übermäßige Verschuldung mittelfristig zu senken.

Kommunale Kassen brauchen kluge Rechner. Dafür stehen wir bereit: Wir wollen – gerade auch mit Blick auf die Geschichte Frankfurts – die kommunalen Selbstverwaltung erhalten und die finanzielle Souveränität ausbauen. Dazu bedarf es einer langfristig ausreichenden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Gerade in Krisenzeiten sichert das die Handlungsfähigkeit. Kosten für die ihnen übertragenen Aufgaben können vollständig übernommen werden; wo sachlich geboten kann die kommunale Zusammenarbeit ausgebaut werden; Veränderungen kann unter grundsätzlicher Wahrung der gewachsenen Strukturen Veränderungen Rechnung getragen werden. Wir halten am Konnexitätsprinzip fest (wer Aufgaben auf unsere Stadt überträgt, hat die damit verbundenen Kosten vollständig auszugleichen) und setzen zugleich Anreize für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung.

Der Bau und vor allem die dauerhafte und verlässliche Erhaltung von zentralen und notwendigen Infrastrukturen wie Schulen, Kitas, Sportflächen, Verkehrswegen für alle Verkehrsmittel und Verkehrsteilnehmer sowie die Bereitstellung eines breiten Kulturangebotes müssen gerade auch in Krisenzeiten gewährleistet bleiben. Das schafft nicht nur Vertrauen, es stabilisiert auch die mittelständischen Unternehmen und

Handwerksbetriebe in den Städten und Gemeinden. Derartige dauerhaft verlässliche kommunale Investitionen in die Infrastrukturen ziehen wir kurzfristigen Konjunkturprogrammen vor, die oft zu Projekten ohne langfristigen Nutzen führen.

Wir fordern:

- Abgaben, Steuern und Bürokratie müssen zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
- Überlegungen zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer erteilen wir im Sinne einer Sicherung des Wirtschaftsstandorts Frankfurt am Main eine klare Absage. Die Gewerbesteuer soll nicht wieder erhöht werden, damit ein attraktives Umfeld für Gewerbe und Handwerk erhalten bleibt. Vielmehr wollen wir seriös und ergebnisoffen prüfen, ob eine Absenkung des Hebesatzes auf 450 v. H. durch Reserven, Effizienzgewinne und kritische Prüfung der Ausgabenstruktur in der Verwaltung möglich ist. Das gibt Gewerbetreibenden Spielraum für Investitionen in den Standort.
- Der Haushalt der Stadt kann durch sparsame Haushaltsführung, eine verschlankte Verwaltung und Privatisierungen konsolidiert werden. Die Beteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmen sind zu prüfen.
- Subventionen und Sozialausgaben müssen nach ihrer Zweckmäßigkeit und Wirkung regelmäßig hinterfragt werden. Eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip ist ineffizient und erreicht nicht die wirklich Bedürftigen.
- Die Stadt Frankfurt soll die Neuberechnung der Grundsteuer nicht dazu nutzen, die Einnahmen der Grundsteuer zu erhöhen. Der Hebesatz muss wirtschafts- und mieterverträglich festgesetzt werden. Bei der anstehenden Reform der Grundsteuer setzen wir Freien Demokraten auf das unbürokratische und praxistaugliche Flächenmodell und damit eine alleinige Anknüpfung der Grundsteuer an der Grundstücksfläche.
- Wir wollen den Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern (insbesondere Umsatzsteuer und Einkommensteuer) erhöhen: Die derzeitigen kommunalen Einnahmestrukturen in Deutschland setzen Fehlanreize und dies bei gleichzeitiger struktureller Unterfinanzierung. Die Entwicklung von Baugebieten führt im Vergleich zur Entwicklung von Gewerbegebieten, z. B. durch den notwendigen Bau und Unterhalt von Schulen und Kitas, zu höheren Folgekosten und wird daher von vielen Kommunen auch jenseits der politischen Herausforderungen als nicht attraktiv wahrgenommen. Allzu oft werden daher ausschließlich Gewerbeflächen statt der gerade im Ballungsraum so notwendigen Bauflächen entwickelt. Wir wollen beides möglich machen. Durch die strukturellen Änderungen erreichen wir, dass die Entscheidungen vor Ort nach sachlichen Erwägungen und nicht nur mit Blick auf die Gewerbesteuer erfolgen. Aus unserer Sicht ist diese Maßnahme geeignet, die Flächenentwicklung in der wachsenden Region Frankfurt/Rhein-Main voranzutreiben.

STADTENTWICKLUNG

Den Wandel Frankfurts als Chance für eine moderne Stadtentwicklung nutzen

Frankfurt wird weiterwachsen. Die Gründe sind vielfältig und liegen in der besonderen wirtschaftlichen Dynamik der Rhein-Main-Region, im Drang der Umlandbewohner in die Stadt und dem Zustrom von Zuwanderern. Die dahinterstehenden Prozesse der Urbanisierung, Digitalisierung der Wirtschaft, Mobilität der Menschen oder den demographischen Wandel kann eine Stadtgesellschaft ebenso wenig aufhalten, wie sie die Zukunft exakt planen kann. Aus liberaler Sicht muss die Stadt sich auf den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Wandel und die künftigen Ansprüche bei ihren Planungen vorbereiten, um die Chancen von Wachstum und Fortschritt zu nutzen. Unser besonderes Augenmerk als Freie Demokraten gilt dabei sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene der Förderung unsere Metropolregionen Frankfurt/Rhein-Main, die wir im internationalen Wettbewerb fit machen und halten wollen. Frankfurt/Rhein-Main sehen wir als Leuchtturm, der auf das gesamte Land ausstrahlen kann. Wir wollen Frankfurt/Rhein-Main zur modernsten und innovativsten Metropolregion Deutschlands mit einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur, mit Fokus auf innovative und digitale Geschäftsmodelle, mit exzellenten Bildungs- und umfassenden Kulturangeboten machen.

Frankfurt ist das Zentrum der Metropolregion Rhein-Main und ist mit Umland über eine vielfältige Infrastruktur – für Verkehr, Kultur, Bildung sowie Versorgung und Freizeit – verbunden. Die Freien Demokraten sehen die wachsende Stadt im Zentrum einer florierenden Region und den sich hieraus ergebenden Wandel als Chance und Möglichkeit, planerische Fehlentwicklungen sowie den städtebaulichen Stillstand aufzuheben. Wir bekennen uns zur integrierten Stadtentwicklung und wollen Neubaugebiete ganzheitlich planen. Neben der wohnwirtschaftlichen Bebauung muss die verkehrliche Anbindung und die öffentliche Infrastruktur wie Kindertagesstätten und Schulen sowie ärztliche Versorgung von Anfang geplant und eingerichtet werden. Auch die Anbindung an ein Glasfasernetz gehören für uns zum Standard dazu. Wir begrüßen nach wie vor die Idee einer internationalen Bauausstellung als sichtbares Zeichen der Weiterentwicklung und des Zusammenwachsens der Metropolregion.

Frankfurt braucht mehr Wohnraum

In allen Ballungsräumen steigt der Bedarf an Wohnraum, insbesondere die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten. Angesichts von hohen und steigenden Grundstückspreisen, steigender Grund- und Grunderwerbsteuern sowie extrem teurer Bauauflagen (z. B. Energiestandards) steigen die Preise für Wohnungen stetig weiter. Für die Freien Demokraten ist klar, dass nur eine rege Bautätigkeit das Wohnungsangebot nachhaltig vergrößern und dadurch der Anstieg der Mietpreise vermindern werden kann.

Mietpreisbremsen, Milieuschutz-Satzungen und politisch motivierte Eingriffe in den Mietspiegel sind dagegen ungeeignete Maßnahmen, um die Wohnungsknappheit zu lindern. Sie können lediglich den Preisanstieg für eine kurze Zeit begrenzen und führen dazu, dass privates Investment im Mietwohnungsbau zum Erliegen kommt. Dadurch wird die Wohnungsqualität in Frankfurt zukünftig abnehmen.

Der aktuell bereits feststellbare Einbruch des Angebotes von Wohnungen in Berlin nach Inkrafttreten der aus Sicht der Freien Demokraten ohnehin rechtswidrigen Mietpreisbeschränkungen belegen dies. Bei den von den Berliner Regelungen erfassten Wohnungen mit Baujahr vor 2014 sind die Vermietungsangebote im Jahresvergleich 2019 und 2020 um 47,4 % zurückgegangen. Das können wir uns in Frankfurt nicht leisten. Langfristig wird es daher im regulierten Bereich zu einem geringeren Angebot und im nicht-regulierten Bereich zu weiteren Preissteigerungen kommen, da ohne private Investitionen die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot immer übersteigen wird.

Bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Erleichterungen bei Baugenehmigungen und die Ausweisung von mehr Bauland führen zu mehr Wohnungsbau. Damit ermöglichen wir, dass junge Familien, Berufseinsteiger und alle, deren Lebensumstände sich ändern, in Frankfurt adäquaten Mietwohnraum finden. Dies kombiniert mit einem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von € 500.000,00 für die erste selbstgenutzte Immobilie bewirkt, dass Wohneigentum erschwinglicher wird.

Das wollen wir für Frankfurt erreichen:

- Das Projekt Günthersburghöfe als Innovationsprojekt für modernes Bauen in der Metropolregion soll umgesetzt werden.
- Dachgeschosse müssen leichter ausgebaut werden können.
- Auf höhere energetische Vorgaben als der gesetzliche Standard bei Neubau und Sanierung von öffentlichen Gebäuden sowie den Wohngebäuden der ABG soll verzichtet werden.
- Mehr Transparenz bei der Flächenvergabe von städtischen Grundstücken, um auch Kleininvestoren eine Chance zu geben.
- Die Erhebung eines politisch unabhängigen Mietpreisspiegels.
- Milieuschutz-Satzungen abschaffen.
- Subjektförderung statt Objektförderung: direkte Förderung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen statt eines teuren sozialen Wohnungsbaus.
- Mehr urbane Mischgebiete ausweisen, damit Nachverdichtungen ermöglicht werden und Wohnen und Arbeiten zusammenrückt.
- Werkwohnungen für Beschäftigte bei der öffentlichen Hand schaffen.

- Die Wohnraumsituation für Fachkräfte (z. B. Pflegekräfte, Feuerwehr und Polizei) verbessern durch bessere steuerlichen Rahmenbedingungen von Werkwohnungen.

Metropolcharakter stärken

Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Wegen der begrenzten Fläche Frankfurts und der bestehenden hohen Flächenkonkurrenz muss das vorhandene Bauland besser ausgenutzt werden. Eine verantwortliche Baupolitik knüpft an bereits vorhandene Infrastruktur bestehender Stadtteile an. Um dem gestiegenen Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden, sollen – in enger Kooperation mit den Umlandgemeinden – auch Neubaugebiete ausgewiesen werden. Wir wollen mehr Wohnungen schaffen, indem wir alternative Wohnformen ermöglichen und fördern. Zudem könnten größere Wohnungen in kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Die baulichen Maßnahmen müssen in Einklang gebracht werden mit den Bedürfnissen der bereits ansässigen Bevölkerung.

Das wollen wir für Frankfurt erreichen:

- Die Aufstellung von Bebauungsplänen für die Innenstadt mit z. B. sieben Geschossen bei Blockrandbebauung.
- Den Hochhaus-Rahmenplans (auch für Wohntürme) fortschreiben.
- Mittels städtebaulicher Verträge in den Wohntürmen einen gewissen Anteil mietpreisgebundenen Wohnraums im mittleren Preissegment schaffen.
- Ergänzungsplanungen für z. B. die 50er Jahre Siedlungen um die Zeilenbauweise zu Karrees mit Innenhöfen weiterentwickeln.
- Baulandbrachen und Gewerbeflächen umwidmen, die wegen ihrer Nähe zur Wohnbebauung leer stehen und nicht von Industriebetrieben genutzt werden können.
- Baulücken, Aufstockungs- und Nachverdichtungsmöglichkeiten für öffentliche und private Grundstücke und Gebäude in einem einsehbaren Kataster erfassen.
- Nachverdichtung zulassen und erleichtern, dabei auf den Erhalt der Lebensqualität achten.
- Aktive Ansprache der Eigentümer von Grundstücken und Objekten mit Neubau- und/oder Aufstockungspotenzial.

Regeln und Verordnungen entschlacken

Bauen muss einfacher und günstiger werden, ohne dass die Qualität darunter leidet. Die Freien Demokraten sehen in dem Regel- und Verordnungswust einen weiteren Grund, warum Bautätigkeiten zu teuer und damit Mieten zu hoch sind. Ständig wechselnde behördliche und politische Ansichten über Modernisierung, Verdichtung, Aufstockung und Ausnutzung behindern Investitionen in den Wohnungsmarkt. Insbesondere in Gebieten, für die kein

gültiger Bebauungsplan existiert, werden kleine und mittelständische Investoren gehemmt oder gehindert.

Die grundsätzlichen Bauvorschriften werden auf Bundes- und Landesebene geschaffen. Daher wollen wir uns durch die Stadt Frankfurt auf Bundes- und Landesebene für eine entsprechende Entschlackung der Vorschriften einsetzen.

Teile der städtischen Verordnungen, Bauauflagen und Satzungen müssen dringend auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Die Freien Demokraten setzen sich für eine Arbeitsgruppe aus allen betroffenen Berufsfeldern (Architektur, Fachingenieuren und Rechtswesen) ein, um Baurecht, Brandschutz und kommunale Satzungen sinnvoll zu reduzieren.

Teile der Stellplatzsatzung, der Vorgartensatzung, den Auflagen in Bebauungsplänen, den Grenzabständen und dem Nachbarschaftsrecht können unserer Ansicht nach entschlackt werden, um die Schaffung von Wohnraum und das Abstellen von Fahrrädern zu erleichtern.

Klimaanpassung im Städtebau

An die sich ändernde Umweltbedingungen muss sich auch der Städtebau Frankfurts anpassen.

Dazu gehören angepasste Bauweisen mit einem Mehr an Verschattungen, Begrünungen und dem Freihalten von Kaltluftentstehungspunkten sowie der Frischluftschneisen, um sommerlichen Überhitzungen entgegenzuwirken. Eine höhere Flächeneffizienz der Bebauung sowie der Einsatz recycelter oder wiederverwendbarer Baustoffe dienen der Ressourceneffizienz. Anpassungen an sich ändernde Umweltbedingungen sind ebenfalls im Bereich des Hochwasserschutzes durch Freihalten von Überflutungsgebieten notwendig.

Deshalb fordern wir:

- Die Dachbegrünung forcieren, Gestaltung von Parks und Plätzen anpassen: mehr Kaltluftentstehung in der Stadt!
- Fassadenbegrünung von Hochhäusern durch entsprechende Änderungen der Hessischen-Hochhausrichtlinie einfacher ermöglichen.
- Bestehenden Frischluftschneisen bei Neubauten berücksichtigen.
- Erhalt und Schutz des Frankfurter Grüngürtels und der bestehenden Parkanlagen.
- Sportflächen und Hausgärten auf Flachdächern anlegen.
- Häuser mit Arkaden im Innenstadtbereich bauen (Sonnenschutz).
- Flächenausnutzung durch Überbauung und Mischnutzungen steigern, z. B. Einkaufsgeschäfte und deren Parkplätze überbauen.
- Höherer Flächeneffizienz durch höhere Baumassen.

- Heizungen und Haustechnik städtischer Liegenschaften modernisieren, um den Energieverbrauch zu reduzieren.
- Verstärkter Einsatz von nachhaltigen Baustoffen, Nutzung von recycelten bzw. recycelbaren Baustoffen.
- Bestehende Lärmschutzwände verbessern, nachrüsten und begrünen.

MOBILITÄT

Mobilität ist gelebte Freiheit. Die Möglichkeit, die Distanz zwischen Wohnort, Arbeitsplatz, Freizeit und Einkaufsmöglichkeit überwinden zu können, ist Voraussetzung für Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen. Für die Wirtschaft der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist eine funktionierende Mobilität von herausragender Bedeutung.

Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet aber auch eine freie Wahl der Verkehrsmittel. Wir Freien Demokraten wollen daher kein Verkehrsmittel bevorzugen, sondern treten ein für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsmittel und Wahlfreiheit durch die Nutzer.

Wir wollen die Infrastruktur für die verschiedenen Verkehrsträger und Verkehrsarten (Individualverkehr, Wirtschaftsverkehr, ÖPNV) gleichberechtigt zur Verfügung stellen. Dies kann aber auch in der räumlichen Trennung – z. B. von Fahrrad- und Autostraße – vollzogen werden. Die Entscheidung der Menschen für ein bestimmtes Verkehrsmittel, ist zu respektieren.

Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung der Wirtschaftsverbände nach einem „Masterplan Verkehr“, der alle Verkehrsarten einbezieht. Die Themen Mobilität und Wirtschaft sind untrennbar miteinander verbunden. Es muss daher selbstverständlich sein, dass die Wirtschaftsverbände bei der Erstellung eines solchen Gesamtverkehrsplans eingebunden werden.

Der Frankfurter Flughafen und der Luftverkehr haben für den Wohlstand und die Standortattraktivität Frankfurts eine herausragende Bedeutung. Wir wollen das Drehkreuz am Flughafen möglichst schnell wieder zu Normalität zurückführen und an das bisherige Wachstum anknüpfen. Mit Förderung der Forschung und neuester Technologie wollen wir die Lärm- und Umweltbelastung senken.

ÖPNV

Wir Freien Demokraten treten für einen verstärkten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ein, insbesondere im Bereich der sogenannten „letzten Meile“: der Überwindung der Distanz zwischen dem ÖPNV-Haltepunkt und dem tatsächlichen Ziel. Neben dem Ausbau soll auch die bestehende zum Teil störungsanfällige ÖPNV-Infrastruktur ertüchtigt werden. Haltestellen sind weiter barrierefrei umzubauen, sodass ein ebenerdiger Einstieg in Busse und Straßenbahnen möglich ist. Vor allem an oberirdischen Bus- und Straßenbahnhaltestellen setzen wir uns für ausreichend Sitzmöglichkeiten und wettergeschützte Wartebereiche ein. Wir treten dafür ein, dass der klassische ÖPNV und On-demand-Angebote digital miteinander verknüpft werden, so dass mit einem Buchungs- und Bezahlvorgang beispielsweise S-Bahn-Ticket und Leihfahrrad, E-Scooter oder andere Sharing-

Dienste abgewickelt werden können. Der RMV soll Jobtickets für Firmen jeglicher Größe ermöglichen (und nicht erst ab 50 Mitarbeitern).

Beim Ausbau des ÖPNV sollten im Rahmen der verfügbaren Mittel folgende Strecken Priorität haben:

- Verlängerung der U4 über Ginnheim in Richtung Norden mit direkter Anbindung des Frankfurter Nordens sowie des Campus Westend an den Hauptbahnhof. Die verzögerte Entwicklung durch erneute Prüfungen lehnen wir ab. Die den Bürgern im Frankfurter Norden seit mehr als 15 Jahren versprochene und 2006 schon einmal politisch verhinderte Direktanbindung an den Hauptbahnhof muss jetzt endlich angeschoben werden.
- Verlängerung der U5 zum Frankfurter Berg und über Rebstock bis Höchst
- Anbindung Flughafen Terminal 3
- Regionaltangente West
- Anbindung Rebstock an das S-Bahn/Regionalbahnnetz
- Verlängerung der U2 zum Bahnhof Bad Homburg
- Verlängerung der U7 über Steinbach bis Bad Homburg
- Straßenbahnanbindung Bahnhof Höchst und Fortführung bis Zeilsheim
- Straßenbahnanbindung über Brentanobad - Fischstein - Schönhof – Hauptbahnhof
- Straßenbahnringlinie

Weitere mittel- und langfristige Entwicklungsmöglichkeiten im ÖPNV

Darüber hinaus setzen sich die Frankfurter Freien Demokraten für die Prüfung der folgenden langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten im ÖPNV ein:

- Regionaltangenten Ost und Süd
- Wassertaxen auf dem Main
- Technische und wirtschaftliche Prüfung einer autonomen Hochbahn (ähnlich wie zwischen den Terminals am Flughafen) zwischen Flughafen, Eintracht-Frankfurt-Stadion und Innenstadt, als Ergänzung des ÖPNV
- Busspuren für Express-Linien aus dem Umland
- Automatischer Shuttle-Bus mit den Haltestellen Eschborn – Sossenheim – Höchst – Kelsterbach – Flughafen
- Um das Problem der letzten Meile zu lösen, können Winkebusse eingeführt werden.

- Weiterhin soll geprüft werden, inwiefern der im Rahmen der U4 Verlängerung neu zu errichtende Campus Westend dazu geeignet ist als Ausgangspunkt für eine weitere Ost-Westverbindung zu dienen, beispielsweise über den Alleenring oder über den Holzhausenpark, die Bergerstraße bis hin zum Ostbahnhof, um die Hauptstrecke in der Innenstadt zwischen Hauptwache und Konstabler Wache zu entlasten.

Der Ausbau und der Betrieb des ÖPNVs ist mit erheblichen Kosten verbunden. Da auch diejenigen, die den ÖPNV nicht oder nur selten nutzen, indirekt von ihm profitieren, sind Subventionen für den Frankfurter ÖPNV gerechtfertigt. Einen komplett kostenfreien ÖPNV lehnen wir ab, weil der völlige Verzicht auf Fahrgasteinnahmen die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen im ÖPNV unmöglich machen würde. Wir fordern Änderungen des Tarifgefüges, um Fahrpreise gerechter und ökologisch sinnvoller zu gestalten. Distanzbasierte Entgelte sind hierbei starren Tarifgrenzen vorzuziehen.

Fernverkehr

Die Freien Demokraten setzen sich für einen Fernverkehrstunnel beginnend im Osten von Frankfurt zum Frankfurter Hauptbahnhof und von dort weiter nach Frankfurt-Niederrad ein. Fernzüge würden demnach nicht mehr im oberirdischen Kopfbahnhof wenden müssen. Die oberirdischen Fernbahnleise würden frei für den Regional- und Nahverkehr.

Die hierzu erforderliche Prüfung des Frankfurter Untergrundes wollen wir auch dazu nutzen, festzustellen, ob nach dem Vorbild von Städten wie Brüssel Straßen in den Untergrund verlegt werden können, um oberirdisch Raum für die Stadtentwicklung zu schaffen.

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Der motorisierte Individualverkehr wird – wie auch andere Verkehrsmittel – in den kommenden Jahren einen Wandel durchlaufen. Aus heutiger Sicht wird kurzfristig eine größere Vielfalt an Antriebs- und Steuerungstechnologien (z. B. autonomes Fahren) angeboten werden. Mittelfristig wird wohl die strikte Trennung zwischen ÖPNV und MIV aufweichen. Die Bedeutung des Besitzes eines privaten Fahrzeugs könnte geringer werden. Dafür wird der Zugang zu Mobilität wichtiger. Fahrzeuge müssen zügig und sicher bewegt sowie abgestellt werden können.

Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern

Verkehrsträger untereinander zu verknüpfen ermöglicht es, Pendlerströme effizient zu steuern und den Verkehr damit zu entlasten. Wir fordern, dass die **Park-and-Ride-Parkplätze** an den Kreuzungspunkten zwischen Autobahn und ÖPNV (bspw. Kaiserlei, Sachsenhäuser Landwehr, Taunusblick - A5 mit Anbindung an die S5, U7 und RTW, Kalbach) ausgebaut werden. Von dort aus muss es möglich sein, in einer engeren Taktung mit dem ÖPNV in die Innenstadt zu kommen. An solchen Knotenpunkten ist überdies jeweils zu prüfen, ob dort

Entwicklungsmöglichkeiten für Nahversorger, Gastronomie etc. bestehen, um das Umsteigen noch attraktiver zu machen.

Verkehrsachsen in die und durch die Stadt

Die Pendlerströme werden auch in Zukunft bestehen bleiben. Daher fordern wir, dass die Haupteinfallstraßen in die Stadt (Mainzer Landstraße, Hanauer Landstraße, Darmstädter Landstraße, Mörfelder Landstraße usw.) für den MIV voll nutzbar bleiben. Wichtig für die Entwicklung des Verkehrs sind die Ringe: Der City-Ring muss gestärkt und weiter priorisiert werden. Der Autobahnring A5, A661 und A3 sollte als „Frankfurter Ring“ gekennzeichnet und weiter ausgebaut werden.

Die komplette Sperrung des nördlichen Mainufers hat zu massiven Mehrbelastungen in Sachsenhausen und anderen Stadtteilen geführt. Statt einer Sperrung wollen wir, dass der Autoverkehr in jede Richtung einspurig geführt wird und auf beiden Seiten breite Fahrradspuren angelegt werden.

Parken in der Stadt

Ein erheblicher Teil des städtischen Autoverkehrs entsteht durch die Parkplatzsuche. Die Zahl der Fahrzeuge in Frankfurt nimmt mit der wachsenden Stadt weiter zu. Damit steigt auch der Parkdruck in den Stadtteilen. Der bisherige Umgang mit der Situation – Ablehnung der Ausweitung des Anwohnerparkens, Ablehnung eines digitalen Parkraummanagements, Abschaffung von Parkplätzen – verringern den Parkdruck nicht.

Deswegen fordern wir in den Stadtteilen:

- Die Förderung von privat betriebenen „grünen“ Parkhäusern: Grundstückseigentümer sollen aktiv motiviert werden, Parkraum auf versiegelten Flächen zu schaffen. Eine Möglichkeit wäre z. B. Parkhäuser oder Parkebenen auf bestehenden Parkflächen zu errichten. Automatikparksysteme müssen dabei zwingend genutzt werden, um auf Rampen und Fahrwege verzichten zu können. Diese Parkhäuser oder Parkebenen sollen rundum begrünt werden und somit noch einen Beitrag zum Mikroklima leisten.
- Die Parkraumoptimierung in bestehenden Tiefgaragen: Betreiber von Büroimmobilien sollen motiviert werden, Parkflächen abends und am Wochenende an Anwohner zu vermieten.
- Die Ausweitung der Bereiche des Anwohnerparkens und entsprechende Kontrollen.
- Ein digitales Parkraummanagement mittels Sensoren.

Smarte Parkplätze könnten übermitteln, ob sie frei oder belegt sind, aus der Ferne reserviert werden und so dazu beitragen, den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren. Um den Straßenraum vom ruhenden Verkehr zu entlasten, fordern wir weitere unterirdische Parkhäuser, die

möglichst privat betrieben werden sollen. Insgesamt sollen an Parkflächen mehr Ladestationen für E-Autos angebracht werden.

Das Verkehrsaufkommen innerhalb des Anlagenrings soll mittelfristig minimiert werden. Der Transitverkehr soll die Innenstadt umfahren. Die Parkhäuser sollen weiter erreichbar sein. Außerhalb dieser Zufahrtsstraßen zu den Parkhäusern fordern wir einen reinen Anliefer- und Anwohnerverkehr. Genügend Ladezonen und Behindertenparkplätze sollen zur Verfügung stehen. Die Ladezonen sollen auch für die Kunden des Einzelhandels zum Be- und Entladen sowie Handwerker nutzbar sein.

Carsharing-Angebote („free floating“ und stationsgebunden) und alternative Fahrdienste in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main unterstützen wir. Hürden für diese neuen Angebote müssen soweit es geht abgebaut werden, so sollen z. B. Anwohnerparkplätze für Carsharing-Dienste freigegeben werden und die Rückfahrtpflicht für Fahrdienste entfallen. Gleichzeitig fordern wir eine Gleichstellung von Taxis im Personenbeförderungsgesetz.

In allen Stadtteilen, in denen das Parkraummanagement eingeführt wird, soll dort ansässigen Gewerbetreibenden und Handwerksbetrieben über einen sogenannten Gewerbeparkausweis die Möglichkeit gegeben werden, mit jeweils mindestens einem Firmenfahrzeug zu vergünstigten Konditionen in der (unmittelbaren) Nähe des jeweiligen Firmensitzes parken zu können.

Radverkehr

Wir Freien Demokraten Frankfurt sehen den Fahrradverkehr als eine wichtige Komponente des Individualverkehrs. Das Fahrrad wird in Metropolen weltweit immer beliebter, selbst im Winter. Gründe dafür sind insbesondere Schnelligkeit, Bequemlichkeit und Einfachheit. Verbesserungen des Radverkehrs tragen zu einer Entlastung anderer Verkehrsmittel bei.

Sicherheit und Schnelligkeit sind die Ziele der Fahrradpolitik der Freien Demokraten in Frankfurt. Radfahrer sind neben den Fußgängern die gefährdetste Gruppe im Straßenverkehr und müssen daher auch besonders geschützt werden. Zu dieser Sicherheit gehört für uns auch, dass Radfahrer, die die Straßenverkehrsordnung missachten, stärker kontrolliert und zur Verantwortung gezogen werden.

Alle Magistralen und Ringe sollten durchgängig und nicht nur abschnittsweise einen markierten separaten Radweg bekommen. Da wo dies baulich nicht möglich ist, müssen andere Maßnahmen getroffen werden, um die Radfahrer zu schützen.

Wir Freien Demokraten schlagen echte Fahrradstraßen vor. Diese Fahrradstraßen müssen neu gebaut oder bestehende Straßen oder Wege dafür umgebaut werden:

Konkret wird eine Fahrradstraße an folgenden Stellen vorgeschlagen:

- Parallel zur Zeil zwischen Konstablerwache und Hauptwache
- Parallel zur Bockenheimer Landstraße auf dem Kettenhofweg
- Zwischen Platz der Republik und Heuss-Brücke vorbei am Hauptbahnhof
- Zwischen Museumsufer und Willy-Brandt-Platz als Verlängerung des Radschnellweges aus Richtung Darmstadt
- Zwischen Konstablerwache und Friedberger Warte über Rotlindstraße, Günthersburgallee und Dortelweiler Straße als Verlängerung eines Radschnellweges nach Bad Vilbel und
- Zwischen Opernplatz und Konstablerwache durch die Anlagen als Ausweichung für den Cityring

Es ist zu prüfen, an welchen derzeit vierspurigen Straßen auf Abschnitten ohne Radweg der Autoverkehr dreispurig geführt werden kann, um seitlich jeweils Platz für einen Radweg zu schaffen. Dabei sollte der Autoverkehr mittels Ampelanlagen so gesteuert werden, dass morgens zwischen 5.00 und 12.00 Uhr zwei Fahrspuren stadteinwärts und nachmittags und nachts zwei Fahrspuren stadtauswärts zur Verfügung stehen.

Um den Radverkehr attraktiver zu gestalten, muss ein lückenloses Radwegenetz ermöglicht und entsprechend ausgeschildert werden. Unterschiedliche Fahrradabstellplätze (Fahrradboxen, Parkhäuser usw.) müssen zumindest in den urbanen Stadtteilen errichtet werden. Wir befürworten den Ausbau des überörtlichen Radwegenetzes und der Radschnellwege. Die Frankfurter Fahrschulen werden gebeten, schon im Unterricht die Bedürfnisse der Radfahrer anzusprechen.

Fußgängerverkehr

Der Fußgängerverkehr nimmt in Frankfurt ständig zu. Bei der Gestaltung von Bürgersteigen und der Neuordnung von Verkehrsbeziehungen ist das zu berücksichtigen, z. B. durch eine deutliche Vergrößerung von Verkehrsinseln. Das Radfahrbüro soll seine Zuständigkeit um den Fußgängerverkehr erweitern.

Der Fußgängerverkehr muss in den zunehmend heißeren Sommern geschützt werden.

Dazu schlagen die Freien Demokraten vor:

- Gehwege mittels großzügiger Baumbepflanzung verschatten, soweit dies möglich ist. Insbesondere bei stadtteilverbindenden Rad- und Fußwegen soll darauf geachtet werden. Alternativ zur Bepflanzung sollen auch Sonnensegel im öffentlichen Raum, z. B. an großen überirdischen Haltestellen, wo viele Menschen warten, in Betracht gezogen werden.

- Weiteren Trinkwasserbrunnen installieren. Diese Brunnen sollten auch über Auffangbecken verfügen, in denen z. B. Hände und Arme gekühlt werden können.
- Arkaden mit Sitzgelegenheiten gestalten.

E-Scooter im Stadtbild

Wir Freien Demokraten begrüßen die Erweiterung des Mobilitätsangebots durch E-Scooter, die vor allem für kurze Wege und die letzte Meile genutzt werden. Das Abstellen von E-Scootern darf allerdings nicht zu einer Stolperfalle für Fußgänger und Radfahrer werden. Daher setzen wir uns für feste Parkzonen für Scooter ein, wie sie auch viele Radverleiher eingerichtet haben. Die Stadt Frankfurt soll das Gespräch mit den Betreibern suchen, um tragfähige Lösungen in aller Interesse zu finden.

Herausforderung Wirtschaftsverkehr

Der Wirtschaftsverkehr in den Innenstädten nimmt mehr und mehr zu. Das führt zu mehr Nutzungskonflikten im innerstädtischen Straßenraum. Die Folgen sind Engpässe bei Logistikprozessen und die Gefährdung der Verkehrssicherheit. Es braucht ein auf alle Verkehrsträger abgestimmtes Verkehrskonzept für die Belieferung und Entsorgung der Stadt sowie eine optimierte Baustellenlogistik.

Der Wirtschaftsverkehr als maßgeblicher Puls in der Metropole Frankfurt darf nicht beschränkt werden. Hohe Kosten für Ab- und Antransport von Waren und Gütern machen den Standort Frankfurt uninteressant.

Besonderer Bedeutung kommen dem Handwerks-, Liefer-, ÖPNV- und Taxi-Verkehrssektor zu. Diese Wirtschaftssektoren kommen ohne die Straße nicht aus und erfüllen für ein reibungsloses Miteinander in einer sozialen und lebenswerten Stadt eine wichtige Servicefunktion, ohne die eine Gesellschaft nicht funktioniert. Eine funktionierende Logistik ist für ein lebenswertes Miteinander aller Menschen in der Stadt unverzichtbar.

Statt mit Verboten und Schikane die Wirtschaftsverkehre zu behindern muss das Verkehrskonzept der Stadt Frankfurt auf Anreize und intelligente Lösungen setzen, die das Handwerk, Kleingewerbe, die Taxibranche und Selbständige zum Umstieg auf alternative und emissionsarme Antriebssysteme ermutigen. Bei allen Maßnahmen ist der Nutzen für die Umwelt im Verhältnis zum Aufwand aller Betroffenen abzuwägen.

Verkehrskonzept für Gewerbegebiete in Frankfurt

Modernes Gewerbe braucht auch moderne und funktionierende Verkehrswege. Wir Freien Demokraten schlagen daher ein Industriestraßenprogramm vor. Insbesondere im Bereich des Osthafens müssen die Straßenverbindungen in einen Zustand versetzt werden, damit neue Industrieprodukte gefahrenlos abtransportiert werden können.

Neue Gewerbegebiete werden häufig dort ausgewiesen, wo es eine gute Straßenanbindung gibt. Unter guter Verkehrsanbindung wird dabei vielfach nur der Autobahnanschluss in der Nähe verstanden. Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten sollte aber auch darauf geachtet werden, dass ein Gleisanschluss möglich ist, insbesondere wenn transportintensive Betriebe angesiedelt werden sollen. Zudem werden bestehende, aber auch neue Gewerbegebiete häufig nicht an den ÖPNV angeschlossen. Bauleitplanung muss hier mit der ÖPNV-Planung enger verzahnt werden. Berücksichtigung sollten bei größeren Betrieben auch die vor Ort gegebenen Arbeitszeiten (Schichtarbeit) finden. Neben einer Anbindung an den ÖPNV sollten Gewerbegebiete auch über gut ausgebaute und sichere Radwege verfügen, um den Beschäftigten bei der Wahl der Verkehrsmittel eine wirkliche Alternative zu bieten.

BILDUNG

Von der Wiege bis zur Bahre setzen wir uns dafür ein, dass jeder Mensch sein Leben selbstbestimmt in allen Lebenslagen gestalten kann. Dafür braucht es weltbeste Bildung, die für uns nicht erst in der Schule, sondern bereits in der Kita beginnt. Darum setzen wir uns ein für einen Ausbau von Hort- und Krippenplätzen, für längere Öffnungszeiten und mehr Erzieher ein, sodass jeder Neufrankfurter von klein auf die besten Chancen erhält und jedes Elternteil seinem Beruf nachgehen kann. Obwohl Bildung über die Zukunftschancen jedes einzelnen Menschen bestimmt, wird sie immer noch von der derzeitigen Römerkoalition aus CDU, SPD und Grüne stark vernachlässigt: Marode Schulgebäude, veraltete Ausstattung, kaum Fortschritte bei der Digitalisierung und die andauernde Beschulung in Containern prägen den Schulalltag an Frankfurts Schulen.

Wir Freien Demokraten möchten dies ändern und die Qualität der Schulen zum Wohle der Kinder und Jugendlichen deutlich erhöhen. Für uns ist gute Bildung eines der wichtigsten Anliegen überhaupt.

Schulsanierung und neue Schulen

Schulsanierung und der Neubau von neuen Schulen haben für die Freien Demokraten Frankfurt eine hohe Priorität. In Frankfurt hat sich ein erheblicher Sanierungsstau aufgebaut, der nicht mehr tragbar ist. Außerdem braucht eine wachsende Metropole wie Frankfurt neue Schulen. Der lediglich einseitige Ausbau von Integrierten Gesamtschulen wird der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen in Frankfurt nicht gerecht.

Daher fordern wir:

- Frankfurt braucht neue Schulen: Dies sind vor allem Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Grundschulen in einigen Stadtteilen. Mit Blick auf Verlässlichkeit, die Planungssicherheit der Schulgemeinde und die kommunalen Finanzen setzen wir dabei von Anfang an auf feste Gebäude statt Provisorien.
- Neue Schulen müssen von Anfang an gut durchdacht sein. Eine neue Schule ohne Konzept wirkt unattraktiv für Eltern und deren Kinder.
- Schulbauten müssen zügiger renoviert werden, damit Lehren und Lernen wieder in einer angenehmen Umgebung stattfinden kann.
- Lüftungsanlagen und Luftfilter sollen in Neubauten standardmäßig eingebaut werden. Nicht nur die Covid-19-Krise zeigt, wie wichtig gute und saubere Luft in den Klassenräumen ist. In Bestandsbauten soll in schlecht zu lüftenden Räumen nachgerüstet werden.
- Die Sauberkeit der Sanitäreinrichtungen soll dauerhaft durch Präsenzkräfte vor Ort gewährleistet werden.

- Für die Europäische Schule muss ein geeigneter Standort in Frankfurt gefunden werden. Die Verlagerung der Europäischen Schule in eine andere Region/Stadt wäre ein großer Verlust für die Stadt und ihr Image.

Frühkindliche Bildung ausbauen - mehr Fachkräfte ausbilden

Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und ein lebendiges Aufstiegsversprechen. Es fehlen rund 400 Erzieher in Frankfurter Krippen und Kindergärten, um die Kapazitäten auszubauen. Der Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, da mehr Erzieher das Rentenalter erreichen als Jüngere mit der Ausbildung fertig werden.

Daher wollen wir Freien Demokraten den Fachkräftemangel wie folgt beheben:

- Umstellung der Fachschulausbildung zu einer klassischen dualen Ausbildung mit dreieinhalbjähriger Ausbildungszeit.
- Einführung einer Ausbildungsvergütung (wie in der dualen Ausbildung üblich), um die Attraktivität der Ausbildung im ersten und zweiten Bildungsweg zu steigern.
- Ausbau der jährlichen Plätze an den drei Frankfurter Fachschulen, an denen Erzieher ausgebildet werden, von 360 pro Jahr auf 600.

Familienfreundliche Stadt: Beruf und Familie in Einklang bringen mit frühkindlicher Bildung und Pflege von Angehörigen

Mit der Veränderung von Familienentwürfen gewinnt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer mehr an Bedeutung: Häufig wollen oder müssen beide Elternteile arbeiten gehen. Dabei ist es mitunter schwierig, die beruflichen Karrieren und das familiäre Leben unter einen Hut zu bekommen; dies gilt im Besonderen für Alleinerziehende. Für uns Freie Demokraten steht die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen in allen Bereichen des Lebens an höchster Stelle. Aus diesem Grund sehen wir die Politik dazu verpflichtet, die notwendigen Angebote für Eltern zu schaffen, damit diese für sich und für ihre Kinder die besten Lösungen finden können.

Wir setzen uns ein für:

- Betreuungsmöglichkeiten (Kita oder Tagespflege) für jedes Kind, um Kinder frühestmöglich zu fördern und Eltern zu entlasten. Das fördert die Chancengerechtigkeit und erlaubt Eltern das Ausüben ihres Berufs.
- Flächendeckenden Ausbau von Hortplätzen.
- Mehr Ganztagschulen im Profil 3 (an fünf Tagen pro Woche in der Zeit von 7:30 Uhr bis 16:00 oder 17:00 Uhr Betreuung, Unterricht sowie verpflichtende Ganztagsangebote).

- Kooperationen mit den Stadtteil-Vereinen, um ein zusätzliches Nachmittagsbetreuungsangebot anbieten zu können.
- Eine Stadt Frankfurt, die mit gutem Beispiel vorangeht: Die Betriebskita für die Kinder von städtischen Mitarbeitern endlich umsetzen.
- Kita-Öffnung für alle: Flexible Öffnungszeiten für eine Betreuungszeit von 16 oder 24 Stunden.
- Spontankinderbetreuung stadtweit ermöglichen (s. World Kids Gallus) – damit Eltern, die noch keinen Betreuungsplatz für ihr Kind haben, z. B. Vorstellungsgespräche wahrnehmen können oder Weiterbildungs- und Sprachkurse besuchen können.
- Verbesserte Rahmenbedingungen für Tagesfamilien und mehr Anreize für die Qualifizierung von Tagesmüttern und -vätern durch höhere Geldleistungen.
- Betreuung in den Schulferien: Gemeinsam mit Vereinen eine Struktur schaffen, damit Eltern während der langen Ferienzeiten die Möglichkeit haben, ihre Kinder in eine adäquate Betreuung zu geben.

Grundschulen und Übergang 4/5

Es ist unser Anliegen, Mädchen und Jungen individuell entsprechend ihrer Fähigkeiten und Bedarfe zu unterstützen. Dazu bedarf es einerseits passgenauer Angebote der frühkindlichen Bildung, aber auch einer grundlegenden beziehungsvollen Pflege und Betreuung, die das Kind in den Mittelpunkt stellt. Dieses Zusammenspiel muss gewährleistet sein und erfordert ein gut ausgebildetes und geschultes Personal. Ziel ist es, die persönlichen Stärken gezielt und die kognitive, aber auch motorische und sozial-emotionale Entwicklung eines jeden Einzelnen zu fördern. Defizite und besondere Bedarfe können somit bereits frühzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Es ist gänzlich unstrittig, dass die frühkindliche Bildung ganz erheblich dazu beitragen kann, dass Kinder von klein auf bereits die besten Entwicklungschancen bekommen.

Daher fordern wir:

- Kitaplätzen in allen Stadtteilen ausbauen.
- Umgehend mehr Stellen schaffen für mehr qualifiziertes Personal.
- Auszubildenden in Erziehungsberufen finanziell unterstützen.
- Hortplätze zur weitergehenden Betreuung.
- Genügend Hortplätze in allen Stadtteilen bis der Ganztagsausbau abgeschlossen ist.

Grundschulen sind der Ort, an dem unsere Kinder die Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und Rechnen erwerben sollen. Gleichzeitig soll dort ihre Neugierde auf

darüberhinausgehende Lernbereiche und vor allem die Freude am Lernen als solches, allein und miteinander, geweckt werden.

Daher fordern wir:

- Aufbau einer angemessenen Ausstattung der Grundschulen nach deren Bedarf, sowohl analog als auch digital.
- Ausbau von bewährten Schulmodellen – Mehr Grundschulen mit Eingangsstufe!
- Offenheit für die Entwicklung neuer Modelle und Methoden oder deren Übernahme, wenn diese den Anforderungen genügen. Die Evaluation muss zeitgleich, umfassend und kritisch erfolgen. Scheitern ist erlaubt!

Der Wechsel auf die weiterführende Schule ist für Kinder und Eltern von großer Bedeutung. Sie sollen sich so stressfrei wie möglich darauf vorbereiten können. Es ist die Aufgabe der Politik, das zu ermöglichen.

Daher fordern wir:

- Ausreichend viele und in zumutbarer Zeit erreichbare Schulplätze in allen Schulformen.
- Ein klares, transparentes Verfahren der Platzvergabe.
- Zusätzliche Schulprofile auf Landesebene einrichten.
- Die zumutbaren Fahrtzeiten für Schülerinnen und Schüler auf grundsätzlich maximal 30 Minuten absenken.
- 20% der Schulplätze nach Noten vergeben auf Grundlage von Art. 59 Abs. 2 der Hessischen Verfassung (Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen).
- Vorrang für Geschwisterkinder.
- Schwerpunkte der Schulen als Aufnahmekriterium.
- Schnelle Information über die Aufnahme an der Erst- oder Zweitwunschschule.
- Unverzögliche Information über freie Kapazitäten und laufende Aktualisierung, damit Eltern ihren Schulwunsch anpassen können, wenn sie das möchten.

Digitales Lehren und Lernen

Die riesigen – in Frankfurt aber häufig brachliegenden – Potenziale digitaler Bildung wollen wir an den Frankfurter Schulen nutzen. Die Zeit während der Covid-19-Pandemie hat angedeutet, welche Möglichkeiten in digitaler Bildung liegen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendliche durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einem souveränen und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Bildung ist hierzu der Schlüssel.

Daher fordern wir:

- Alle Frankfurter Schulen müssen schnellstens mit einem offenen WLAN in allen Räumen ausgestattet werden. Zur Sicherheit sollen Jugendschutzfilter eingebaut werden.
- Kinder und Jugendliche sollen mit Tablet-PCs (iPads) ausgestattet werden. Dies kann zielgerichtet über Leihgeräte, aber auch über private Endgeräte realisiert werden. Sozial schwächere Familien müssen bei der Anschaffung unterstützt werden.
- Zur digitalen Mindestausstattung eines jeden Klassenraumes gehören Beamer, Steuerungs-Laptop oder Tablet, Dokumenten-Kamera, WLAN.
- Die digitale Infrastruktur von Schulverwaltungen muss deutlich verbessert werden. Hierzu zählen u.a. auch Tools wie digitale Klassenbücher, digitale schwarze Bretter oder auch digitale Kurswahlen.
- Alle Frankfurter Schulen müssen schnellstens ans leistungsfähige Glasfasernetz angeschlossen werden.
- An jeder Frankfurter Schule soll eine Stelle für eine IT-Fachkraft geschaffen werden. Bei kleineren Schulen kann dies auch im Verbund geschehen.
- Den umgehenden Abruf der Mittel aus dem „Digitalpakt Schule“.
- Bei den Investitionen in die digitale Schulinfrastruktur sind die Wünsche aus den einzelnen Schulen zu berücksichtigen. Die sinnlose Anschaffung von Hardware, die nicht auf den Bedarf der Schulen passt, soll vermieden werden.
- Die Auftragsvergabe für Ausstattung und Ausbau von zeitgemäßer Infrastruktur soll auch von den Schulen selbst an die Privatwirtschaft erfolgen dürfen.
- Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte sollen zusammen mit dem Medienzentrum Frankfurt bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Schaffung von Leuchtturmschulen mit Schwerpunkt Digitalisierung & IT-Technik. Hierfür kommen vor allem auch berufliche Schulen in der Metropolregion, aber auch ausgewählte Grundschulen in Frage.

Ganztagschulen

Viele Schulen in Frankfurt sind bereits zu Ganztagschulen ausgebaut worden. Wir brauchen aber nicht nur einen quantitativen Ausbau. Um diese Schulen weiter zu unterstützen und optimieren, benötigen wir eine wirkliche „Qualitätsoffensive“ für die Nachmittagsbetreuung an unseren Schulen. Die derzeitigen Maßnahmen des sozialdemokratisch geführten Schuldezernats reichen nicht aus.

Daher fordern wir:

- Ein Angebot von Ganztagschulen, das sich individuell an die Bedürfnisse der Familien anpassen kann.
- Schulsozialarbeit sollte auch im Nachmittagsbereich weiter ausgebaut werden.
- Die Vergabekriterien für Schulkantinenbetreiber müssen neu definiert werden: Der Schulkonferenz sollte bei der Vergabe ein Mitspracherecht eingeräumt werden.
- Die Ferienbetreuung sollte vor allem im Grundschulbereich weiter ausgebaut werden.
- Um die Fremdsprachenkompetenz zu stärken, sollten am Nachmittag und in den Ferien hierzu mehr Angebote gemacht werden.

Gutes Lernen – Schulklima stärken

Ein gutes Schulklima ist für den Lernerfolg und das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen essenziell. In einem angenehmen Umfeld fällt nicht nur das Lernen leichter, sondern es kann auch den Spaß an der Schule steigern oder erstmals entfachen.

Wir fordern:

- Die Schaffung und ggf. den Ausbau von niedrigschwelligen und kurzfristig verfügbaren psychologischen Beratungsangeboten vor Ort an den Schulen, um gerade an Grundschulen die Prävention von Mobbing und Gewalt zu verbessern.
- Das Problem des Übergewichts von Kindern und Jugendlichen an den Schulen zu adressieren und anzugehen. Dafür sollen Eltern mindestens einmal pro Jahr auf Elternabenden auf das Problem hingewiesen und im Umfeld der Schule die Bewegungsanteile erhöht werden.
- Die Entwicklung von Programmen zur Prävention von psychischen Störungen, da Schulangst und Depressionen zunehmen. Besonders sollten hier die Risikofaktoren gezielt ermittelt werden.
- Die Vernetzung von Schule, Jugendamt, staatlichem sowie städtischem Schulamt, um die Überwachung der Schulpflicht konsequent und effizient durchzusetzen. Sollten Eltern das Gefühl haben, dass eine Schule die Kontrolle und Durchsetzung der Schulpflicht vernachlässigen, müssen sie die Möglichkeit erhalten, diese Schulen zu melden.
- Schulcoaches für betroffene Kinder und Jugendliche bei drohendem Schulversagen. Die Verteilung der Schulcoaches sollte zentral geplant werden, da der Bedarf an den einzelnen Schulen stark variieren dürfte.
- Räume für neue Lernkonzepte, wie z. B. Computer-, Stillarbeits- und Gruppenarbeitsräume.

KULTUR

Kunst und Kultur gehören zu Frankfurt wie Äpfel und Grieß. Wir Freien Demokraten möchten ihrer freien Entfaltung Raum geben. Die Kreativität jedes einzelnen steht für uns im Vordergrund. Wir begrüßen bürgerschaftliches Engagement in Geschichtsvereinen, Bürgerstiftungen und Fördervereinen sehr.

Die kulturelle Vielfalt auf höchstem Niveau muss erhalten und ausgebaut werden. Dafür müssen zeitnah zahlreiche Entscheidungen getroffen werden. Der Neubau der Städtischen Bühnen, die Sanierung der Paulskirche und des Zoo-Gesellschaftshauses und die Errichtung des Kultur-Campus Bockenheim können nicht mehr lange aufgeschoben werden. Diese Entscheidungen werden unser Frankfurt auf Jahrzehnte prägen. Neben dem Museumsufer, dessen langfristiger Erhalt für uns unabdingbar ist, wird an den Wallanlagen zwischen Jüdischem Museum und der Alten Oper eine Kulturmeile entstehen.

Zum Bewahren des Alten gehört das Entwickeln des Neuen: Die Digitalisierung wird auch im Bereich der Kultur völlig neue Möglichkeiten für die Bürger eröffnen. Der erzwungene weitgehende Verzicht auf Kultur in der Covid-19-Pandemie zeigt, dass ein Leben ohne Kultur ein sinnbefreites Leben ist. Zu Kultur gehören für uns auch Essen, Trinken und Feiern in Frankfurt. Die momentane Krise lässt auch neue Formate entstehen. Ebenso wird die Global Fashion Week unserem Frankfurt auch kulturell neuen Schwung verleihen. Diesen Schwung wollen wir Freien Demokraten nutzen, um die Kultur in Frankfurt zu stärken und voranzubringen.

Frankfurter Theater- und Museenlandschaft

Wir werden:

- zeitnah den Neubau der Oper auf dem Gelände der Frankfurter Sparkasse beschließen.
- am Standort des heutigen Schauspiels den Bau eines neuen Theaters und die ansprechende Gestaltung des Platzes forcieren.
- das Kinder- und Jugendtheater im Schauspiel integrieren und Platz für ein Ballett vorhalten.
- die freie Theaterszene geeignet unterstützen.
- inklusive Kultur für Menschen mit Einschränkungen etablieren.

Die Freien Demokraten unterstützen die Pläne, das Gelände der heutigen Frankfurter Sparkasse an der Neuen Mainzer Straße zu teilen. Der Neubau der Oper erhält auf der einen Hälfte somit ein kostengünstiges Gelände, das sich zu den Wallanlagen öffnet. Die Frankfurter Sparkasse kann im Gegenzug auf der anderen Hälfte ein Hochhaus realisieren.

Das Schauspiel und die Kammerspiele ziehen in eine Ausweichspielstätte auf den Kultur-Campus an der Bockenheimer Warte. Diese steht nach der Zwischennutzung für die freie Theaterszene und die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst (HfMDK) zur Verfügung. Am Standort des heutigen Schauspielhauses wollen wir in einem größeren Gebäudekomplex ein neues Schauspielhaus errichten. In dieses soll eine Bühne für Kinder- und Jugendtheater integriert werden, damit unsere Kleinen schon früh die Luft der großen Bühne schnuppern können. In den Planungen sollte außerdem die Möglichkeit berücksichtigen, das Ballett dort wieder anzusiedeln.

Das gesamte Gelände um die heutigen Bühnenbauten muss städtebaulich ansprechend und einladend gestaltet werden. Die Freien Demokraten Frankfurt wollen einen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen. Dafür wollen wir die Hofstraße zurückbauen und den Verkehr direkt ans Mainufer lenken. Die Wallanlagen können so bis ans Mainufer verlängert werden. Unterm Strich gewinnt die Grünanlage an Fläche und wir Frankfurter gewinnen eine verlängerte Grünanlage.

Wir Freien Demokraten wollen die freie Theaterszene noch wirkungsvoller unterstützen. Insbesondere die kleinen Kinder- und Jugendtheater leisten hervorragende kulturelle, soziale und integrative Arbeit in unseren Frankfurter Stadtteilen. Schon mit kleinen Beträgen kann hier groß geholfen werden. Die Stadt sollte Theater bei Problemen, wie z. B. bei der Suche nach einer Spielstätte, beratend unterstützen. Das gilt insbesondere für das aktuell nach einer Lösung suchende English Theater. Für uns Freie Demokraten ist eine abwechslungsreiche, internationale Theaterszene mit Einrichtungen wie dem Internationalen Theater oder dem English Theater sehr wichtig für unsere Metropole. Wir begrüßen es außerdem, wenn sich in Frankfurt endlich ein privates Musical-Haus ansiedelt.

Darüber hinaus wünschen wir uns eine inklusivere Kultur in Frankfurt. Zumindest für ausgewählte Veranstaltungen möchten wir mit einer Gebärdensprache Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen die Teilhabe und den Genuss an Theater- oder Operaufführungen ermöglichen. Für blinde und sehbeeinträchtigte Mitbürger sollten, wenn möglich und verfügbar, – insbesondere bei Sonderausstellungen in einem städtischen Museum – geeignete Objekte, wie z. B. Tast-Reliefs in Kombination mit Audio-Guides, mitgedacht werden. Dadurch eröffnen sich allen Besuchern völlig neue Erfahrungswelten.

Erinnerung und Verantwortung

Wir werden:

- dafür sorgen, dass die Sanierung und Modernisierung der Paulskirche angegangen wird und sie eine herausragende Erinnerungsstätte für die deutsche Demokratie wird.
- eine Zusammenarbeit mit dem Künstler der „Stolperstein-Aktion“ forcieren, um den Geschichten hinter den Steinen ein Gesicht zu geben.

- die Frankfurter Nobelpreisträger sichtbarer werden lassen.
- Denkmalschutz und modernen Städtebau sinnvoll miteinander verknüpfen.

„Wie kein anderer Ort symbolisiert die Frankfurter Paulskirche bis heute das Streben der deutschen Nation nach nationaler Einheit und demokratischer Freiheit“ – schreibt der Deutsche Bundestag auf seiner Homepage. Diesem Anspruch wollen wir Freien Demokraten in Frankfurt zur Geltung verhelfen. Der Baukörper der Paulskirche muss grundlegend saniert und bautechnisch ertüchtigt werden. Das wollen wir nutzen, um einen maßvollen Umbau auch im Inneren anzugehen. Weiterhin sollte eine zeitgemäße museumspädagogische Ausstellung zur Frankfurter Nationalversammlung eingerichtet werden, die modernsten Ansprüchen genügt und die Paulskirche zu einer attraktiven Sehenswürdigkeit in Frankfurt macht. Hierfür erwägen wir auch, ein Demokratiezentrum zu errichten. Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung als Nationaldenkmal und Symbol des demokratischen Deutschlands werden auch Bundesmittel bereitstehen.

In der kommenden Legislaturperiode jährt sich zum 25. Mal die „Stolperstein-Aktion“ in Deutschland (2021) sowie zum 20. Mal „Stolpersteine in Frankfurt“ (2023). Die Stolpersteine sind das größte Denkmal zur Erinnerungskultur an die Zeit des Nationalsozialismus in unserem Land. Die Verlegung wird von privaten Spendern und oft auf Anregung ehemaliger Nachbarn, Hauseigentümern oder Freunden initiiert. Wir möchten zum einen, dass in Zusammenarbeit mit dem Künstler ein Konzept für einen digitalen Zugang erarbeitet wird. Damit sollen direkt vor Ort mehr Informationen über das Leben der verzeichneten Personen zugänglich gemacht werden. Zum anderen möchten wir auch den Initiatoren ein Gesicht geben, ihre Motivation und ihre Geschichten erfahren und so insgesamt das Leben der Opfer greifbarer werden lassen.

Ebenfalls sichtbarer werden sollen die zahlreichen Nobelpreisträger, die an der Goethe-Universität studiert, gelehrt und geforscht haben. Sie und Ihre Forschungen möchten wir in der Öffentlichkeit bekannter machen. Das kann z. B. durch Veranstaltungen oder die Zusammenarbeit mit Schulen passieren.

Zur Erinnerungskultur in unserer Stadt gehören für uns Freie Demokraten auch der Denkmalschutz. Bewahrenswertes muss erhalten, aber auch zeitgemäß genutzt werden. Das gilt nicht nur für jahrhundertealte Gebäude, sondern auch für unsere jüngere Geschichte. So setzen wir uns z. B. für die Sanierung der Kleinmarkthalle – mit einer akzeptablen Übergangslösung für die Standbetreiber – und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Vorplatz ein. Punktuelle Rekonstruktionen, wie die vom Neuen Brückenbauverein angeregte Wiederherstellung der Turmspitze des Rathausturmes „Langer Eugen“, können das Stadtbild im Kontrast zu unserer Skyline bereichern.

Ehrenamtliches Engagement in Bürger- und Geschichtsvereinen begrüßen wir als Freie Demokraten sehr und dieses soll im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt werden.

Insbesondere die Ortsbeiräte können bei wissenschaftlichen Arbeiten oder der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten helfen.

Digitale Kultur

Wir werden:

- Online-Tutorials und Audio Guides städtischer Museen und Theater erweitern.
- eine zentrale Plattform der Stadt Frankfurt für digitale Vermarktungsangebote inklusive Virtual Reality der Theater und Museen schaffen.
- Online-Museen einrichten.
- eine Frankfurt-App als zentrale Schnittstelle aller kulturellen Angebote anbieten.

Die Digitalisierung in der Kultur wollen wir Freien Demokraten noch stärker vorantreiben und für die Bürger erlebbar machen, z. B. durch mehrsprachige Online-Tutorials und Audio Guides der Museen und Theater zu ausgewählten Themen. Kulturangebote können dadurch dauerhaft aufrechterhalten werden. Darüber hinaus wollen wir, dass die städtischen Theater und Museen ihre digitalen Vermarktungsangebote ausbauen. Insbesondere (kostenpflichtige) Live-Übertragungen von Theater- und Operaufführungen oder virtuelle Museumsrundgänge gewähren Bürgern, die vielleicht noch nie da waren oder aus gesundheitlichen Gründen nicht vor Ort sein können, einen neuen Zugang zu den Einrichtungen. Den Museen und Theatern ein digitales Netzwerk und eine Plattform zur Verfügung gestellt werden, um hierfür z. B. auch Erlebniswelten in Virtual Reality anbieten zu können, ohne dass jedes einzelne Haus eine eigene, unterm Strich teurere Lösung anstreben muss.

Nach Abschluss der Digitalisierung aller städtischer Museumsbestände möchten wir Online-Museen einrichten. Die Vermarktung über digitale Sonderausstellungen, insbesondere von bislang ungezeigten Depotbeständen, ist ein völlig neues und reizvolles Angebot für unsere Museen.

In einer Frankfurt-App als zentrale Schnittstelle sollen alle kulturellen Angebote und der Verkehrsträger für Einheimische und Touristen aufbereitet sein. Sie soll dabei nicht private Initiativen verdrängen, sondern lediglich als Bündelstelle und Linksammlung dienen.

Kultur und Wissenschaft

Wir werden:

- den Aufbau eines „Frankfurt Conservation Centers“ der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) im Zoogesellschaftshaus unterstützen.
- die Verlagerung der HfMDK auf den Kultur-Campus Bockenheim endlich umsetzen.

Wir fordern die Errichtung eines „Frankfurt Conservation Centers“ für unsere einzigartige, weltweit tätige Naturschutzorganisation „Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF)“. Die Räume der Zooverwaltung im Zoogesellschaftshaus wollen wir modernisieren. Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Erhalt der Artenvielfalt sehen die Freien Demokraten als eine zentrale Frage des 21. Jahrhunderts. Das Zoogesellschaftshaus ist ein geeignetes und repräsentatives Gebäude für Tagungen, Präsentationen und Konferenzen. Zahlreiche Partner wie die Universität Frankfurt, die Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, die Polytechnische Gesellschaft Frankfurt und weitere internationale Institutionen stehen bereit und dürfen nicht länger durch die Stadt Frankfurt ausgebremst werden. Vor allem kann für den Umbau des Hauses auf Finanzierungsquellen weit über die Grenzen von Frankfurt hinaus zurückgegriffen und erhebliche Spendenbeiträge eingeworben werden. Das aktuell geplante Kinder- und Jugendtheater gehört für uns Freie Demokraten in das neue Schauspielhaus am Willy-Brandt-Platz integriert.

Die Verlagerung der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst (HfMDK) auf den Kultur-Campus Bockenheim muss endlich vorangetrieben werden. Der Umzug ist längst beschlossen und die Gelder seitens des Landes zugesagt. Die Stadt Frankfurt muss die verschleppte Umsetzung endlich angehen. Mit gemeinsam genutzten Probe- und Aufführungsmöglichkeiten und der Weiternutzung der Ausweich-Spielstätte für das Schauspiel können etablierte und neue Künstler/innen in Bockenheim ein neues kulturelles Viertel schaffen.

Essen, Trinken, Feiern — Genuss- und Clubkultur im Alltag erleben

Wir werden:

- die Einrichtung eines Apfelweinemuseums im Ratskeller abschließen.
- Nachwuchskünstler/innen punktuell besser unterstützen.
- die Ansiedlung des Museum of Modern Electronic Music (MOMEM) fördern.
- zum Erhalt der Club-Kultur in Frankfurt beitragen.
- die städtebauliche Aufwertung des Kneipen-Viertels Alt-Sachsenhausen voranbringen.

Weltgewandtheit und lokale Traditionen gehören für uns zusammen. Statt „Laptop und Lederhose“ heißt es für uns „Global Fashion Week und Grie Soß“, „Hochhäuser und Handkäs“

sowie Airport und Äppler. Die Apfelwein-Stadt Frankfurt braucht endlich das von einer privaten Initiative geplante Apfelweinemuseum mit Restaurant-Betrieb im historischen Ratskeller.

Um kreative Nachwuchskünstler/innen zu unterstützen, braucht es eine kreative Förderung seitens der Stadt. Ateliers können als Zwischennutzung in städtischen Gebäuden eingerichtet werden. Es fehlen auch dringend geeignete Proberäume für Bands, die u.a. durch die Umnutzung oder den Abriss von Hochbunkern verlorengegangen sind.

Einen Raum gefunden hat das privat betriebene Museum of Modern Electronic Music (MOMEM) am Ausgang der B-Ebene unterhalb der alten Hauptwache schon. Die Einrichtung muss gerade in einer frühen Phase von der Stadt unterstützt werden. Frankfurt darf sich die Chance für die Ansiedlung dieses weltweit einzigartigen Museums nicht entgehen lassen.

In einer wachsenden und dichter werdenden Stadt gilt es, einen sinnvollen Ausgleich zwischen bestehenden Clubs und entstehendem Wohnraum zu schaffen. Neuer Wohnraum kann nicht neben solchen Locations entstehen, sodass die Anwohner dann über Lärm klagen und in der Konsequenz der Club den Standort räumen muss. In solchen Fällen muss bereits im Vorfeld und im beiderseitigen Dialog Schutz vor Lärm und anderen Beeinträchtigungen mitgedacht werden. Zu einem lebenswerten Frankfurt gehört auch die Club-Kultur.

Ebenso dazu gehört für uns Freie Demokraten das „Amüsier-Viertel“ Alt-Sachsenhausen. Wir brauchen endlich ein städtebauliches Gesamtkonzept zur Aufwertung dieses Viertels. Wenn die alte Stadtmauer und die Fachwerkhäuser erhalten und saniert werden, z. B. die European School of Design und andere Einrichtungen sich ansiedeln, kann die „Party-Meile“ ohne Nachbarschaftsklagen weiter betrieben werden. Eine Sperrstunde in einem Vergnügungsviertel, für das in der Großstadt Frankfurt auch Platz sein muss, lehnen wir ab.

Kultur, Covid-19 und Kommerz

Wir werden:

- kreativen Ansätzen und neuen Formaten aufgeschlossener gegenüberstehen.
- die Römerfestspiele auf dem Römerberg wieder aufleben lassen.
- Anreize für Drittmittel-Einwerbung von Kultureinrichtungen verbessern.
- dem Zoo das Einwerben von Spenden und Drittmitteln erleichtern.

Die Covid-19-Krise hat gezeigt, wie verletzlich – aber noch mehr – wie unersetzlich Kunst und Kultur für uns Bürger sind. Diverse Hilfsmöglichkeiten wurden durch die Politik geschaffen, auch wenn diese nicht alle Probleme lösen können. Für uns Freie Demokraten ist es aber noch wichtiger, konstruktive Lösungen aufzuzeigen. Die Politik muss kreativen Ansätzen und neuen Formaten aufgeschlossener gegenüberstehen. Wir wollen Kultur auf die Straße bringen: Im

Freien können Musiker auftreten und Künstler ausstellen. Die Stadt kann öffentliche Flächen kostenfrei zur Verfügung stellen. Sofern alle Auflagen beachtet werden, muss die Stadt Veranstaltungen wohlwollend begleiten. Wir fordern, die Römerfestspiele auf dem Römerberg wieder aufleben zu lassen. Im Sommer können mehr Open Air-Veranstaltungen auch nach der Covid-19-Pandemie die Kulturlandschaft bereichern. Ebenfalls reizvoll ist die Nutzung von großen Bühnen von kleinen Künstlern. Ein Kultursommer 2021 kann der Kultur- und Veranstaltungsbranche eine Chance zum Überleben bieten.

Zahlreiche kulturelle Einrichtungen machen es vor: mit privater Unterstützung kann viel erreicht werden. Wir wollen die Anreize für Drittmittel-Einwerbung von Kultureinrichtungen verbessern, z. B. in dem die Stadt – nach oben gedeckelt – für eingeworbene Spenden den gleichen Betrag noch einmal drauflegt. Viele Organisationen, die von der Stadt Geld bekommen, sollen dadurch in ihrer Kreativität gefordert und gefördert werden. Das stärkt auch das Engagement vieler Fördervereine.

Aus demselben Grund soll der Zoo der Stadt Frankfurt in eine 100-prozentig städtische, aber privatrechtliche Gesellschaft (z. B. eine gemeinnützige Stiftung) umgewandelt werden. Er kann so deutlich besser Spenden und Drittmittel einwerben oder Erbschaften antreten. Dieser Aufgabe kann auch ein Förderverein gerecht werden.

DIGITALISIERUNG

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird digital

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist mit ihrem Internetknotenpunkt, ihren zahlreichen Investitionen in die Forschung und ihrer offenen Gesellschaft eine der attraktivsten Regionen der Europäischen Union. Immer mehr Menschen werden von diesem Ort der Dynamik und Innovation angezogen. Dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken. Das rasche Wachstum, das die Region kennzeichnet, bringt viele Chancen für sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand mit sich. Die gute Ausgangslage hilft, den Herausforderungen der Digitalisierung mit einigen Anstrengungen und vorausschauender Politik zu begegnen.

Trotzdem schneidet Frankfurt am Main bei aktuellen Studien zum Digitalisierungsgrad der Stadt nicht gut ab. Wir Freien Demokraten wollen dies ändern und Frankfurt am Main in den nächsten 5 Jahren unter die TOP 10 der am stärksten digitalisierten Städte Deutschlands bringen. Langfristig wollen wir den bundesweiten Spitzenplatz erreichen.

Wir sind uns der Risiken der Digitalisierung bewusst. Wir nehmen die Ängste ernst. Aber für uns überwiegen die Chancen gegenüber den Risiken. Es ist jetzt Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass auf dem Weg der Digitalisierung niemand auf der Strecke bleibt. Die Digitalisierung dient dazu, den Alltag der Menschen zu vereinfachen und damit zu verbessern. So bleibt jedem Einzelnen mehr Zeit für die Dinge, die ihn bereichern und glücklich machen – sei es für die Familie, für ein Hobby oder für die Lektüre eines interessanten Buches. Mehr Zeit bringt jeden Einzelnen der Selbstverwirklichung und der persönlichen Freiheit näher.

Covid-19 hat Defizite bei der Digitalisierung aufgedeckt, insbesondere in den Bereichen Bildung, Schule und Einzelhandel. Während sich die Wirtschaft auf die Pandemie vorbereitet hat, hat der Staat die Zeit bestenfalls verstreichen lassen. Gleichzeitig ist die Arbeitswelt flexibler und der Umgang mit der Digitalisierung selbstverständlich geworden. Diese Dynamik muss in Politik umgesetzt werden.

Auch wenn die digitale Infrastruktur der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main in Deutschland – z. B. mit dem größten Internetknotenpunkt der Welt, den vielen wachsenden Rechenzentren oder der digitalen Drehscheibe – vergleichsweise gut funktioniert, stehen wir dennoch an einem Scheideweg. Ein einfaches "Weiter so" wäre ein fataler Rückschritt. Besonders ist es wichtig, die Metropolregion international wettbewerbsfähig zu machen. Sie soll zum Motor einer offensiv, zukunftsoptimistisch und innovativ gestalteten Digitalisierung und zum europäischen Gesicht des zivilen, wirtschaftlichen und politischen Willens und der Gestaltungskraft werden. Von der Reorganisation der Verwaltung über neue Formen der Mobilität bis hin zum Umbruch auf dem Arbeitsmarkt – jetzt sind Investitionen in die Zukunft

und mutige politische Entscheidungen notwendig. Deshalb müssen wir uns mit den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens auseinandersetzen.

Digitale Infrastruktur

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main steht vor der Herausforderung, eine moderne digitale Infrastruktur zu sichern. Sie muss jedem Menschen einen sicheren und schnellen Zugang zum Internet und Mobilfunknetz ermöglichen. Die gesamte Digitalisierung der Wirtschaft, des Verkehrs und der Verwaltung kann nur erfolgen, wenn Internet mit Glasfaser- und das Mobilfunknetz mit 5G-Standard ausgebaut ist. Diese Anforderungen müssen so schnell wie möglich realisiert werden, damit Frankfurt/Rhein-Main auch mittel- und langfristig attraktiv bleibt.

Wir fordern daher:

- Einen fortlaufenden Prozess zwischen der Stadt und allen Internetanbietern einrichten, um alle Haushalten schnelle Breitbandanschlüsse zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck steht die Verwaltung mit allen Anbietern in Kontakt. Das Stadtgebiet muss mit leistungsstarkem mobilem Internet zuverlässig versorgt sein.
- Eine Glasfaser-Offensive mit allen Internetanbietern, um die Glasfaser-Infrastruktur bis spätestens 2026 in jedem Frankfurter Haus bis in die Keller hinein auszubauen. Dies kann parallel zur Erneuerung des Strom- und Fernwärmenetzes mittels Leerrohren erfolgen.
- Die Sensorik für Smart City und von Ladestationen für Elektromobilität ausbauen.
- Den Ausbau von zugänglichem mobilem Internet in allen Fahrzeugen des RMV. Dies ist notwendig, um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu erhöhen. Die Veränderung des Mobilitätsverhaltens stellt auch höhere Anforderungen an den Komfort.
- Die Daten beim Netzwerkbetreiber DE-CIX vor Ausspähung schützen. Die Daten dürfen nicht durch Geheimdienste von Nicht-EU-Staaten technisch angekoppelt werden.
- Die Sicherstellung eines anonymen Zugangs zum Internet durch Computer oder freiem WLAN für alle Bürger, z. B. im Bereich der öffentlichen Bibliotheken der Metropolregion und ihrer Zweigstellen. Dadurch kann jeder vor dem Ausspähen geschützt werden.

Grundrecht auf Vertraulichkeit und Verschlüsselung

Der Konflikt zwischen Informationsfreiheit und staatlicher Sicherheit ist nicht neu.

Es ist unbestritten, dass die Sicherheitsbehörden angesichts der wachsenden technischen Möglichkeiten potenzieller Krimineller mit neuen und weitergehenden Ermittlungsbefugnissen ausgestattet werden müssen.

Die Überwachung von Kommunikation muss

- verfassungsrechtlich geeignet sein, um den gewünschten Zweck zu erreichen,
- notwendig sein und
- nur das mildeste der gleichermaßen geeigneten Mittel sein.

Das heißt, sie muss verhältnismäßig sein. In der Diskussion um die Entschlüsselung verschlüsselter Daten müssen zwei gegensätzliche Grundrechte, z. B. der Schutz des Gemeinwohls und des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, gegen die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen angemessen abgewogen werden.

Ob es verfassungsgemäß ist, verschlüsselte Kommunikation zu überwachen, ist erst abzuwägen, sobald die Überwachung notwendig wird. Es gibt genügend andere technische Überwachungsmethoden, z. B. das Gesetz über die Quellen-Telekommunikationsüberwachung, das die Kommunikation vor der Verschlüsselung oder nach der Entschlüsselung erfasst, oder die Online-Durchsuchung, die ähnliche Zwecke verfolgen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) leitet aus Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention ein Recht auf Verschwiegenheit über personenbezogene Daten sowie ein Recht auf vertrauliche Korrespondenz ab; das Bundesverfassungsgericht hat z. B. das sogenannte „IT-Grundrecht“ konzipiert, das die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme gewährleistet. Wenn notwendig, sind die Verfahrensgarantien dieses Gesetzes hinzuziehen, um unbefugte staatliche Eingriffe in das Computergrundrecht und die informationelle Selbstbestimmung zu unterbinden.

Wir Freien Demokraten lehnen die Überwachung von verschlüsselter Kommunikation grundsätzlich ab, weil sie das technische Verschlüsselungsverfahren und das Recht auf Vertraulichkeit personenbezogener Daten angreift.

Die Freien Demokraten fordern darüber hinaus ein Grundrecht auf Verschlüsselung. Private Kommunikation in jeglichen Messengern, z. B. wie WhatsApp oder Threema, muss privat bleiben.

Digitalisierung in Verwaltung und Politik

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main steht vor der Herausforderung, eine effiziente öffentliche Verwaltung zu organisieren. Digitalisierung gestaltet die öffentliche Verwaltung um. Dabei werden sämtliche Lebenslagen eines Menschen von der Geburt bis zum Tod betroffen sein. Wichtig ist hier, nicht einfach die bestehenden Verwaltungsakte auf elektronische Formulare umzustellen, sondern Stadtverwaltung völlig neu zu denken. Sichere und wohldefinierte technische Schnittstellen werden notwendig, um die Kommunikation

zwischen Bürgern und Verwaltung neu zu gestalten: Bürger werden so von Bittstellern zu Partnern.

Unnötige Bürokratie bindet heutzutage immer noch zu viele Zeit- und Personalressourcen. Die umfassende Digitalisierung der Verwaltung ist nicht nur notwendig: Sie entlastet Bürger und städtische Angestellte und ist inzwischen zu einem Standortfaktor geworden. Die Verwaltung muss dringend zu einem echten Dienstleister umgestaltet werden und sich auf die Bereiche konzentrieren, für welche sie hoheitliche Aufgaben übernimmt.

Wir fordern daher:

- Sichere und wohldefinierte technische Kommunikationsschnittstellen zwischen Bürgern und Verwaltung. Eine elektronische einheitliche Identitätsfeststellung ermöglicht die konsequente Digitalisierung aller Verwaltungsprozesse online und ohne Papier.
- Digitale Bürgerämter: Sämtliche Verwaltungsvorgänge müssen erledigt werden können. 2026 müssen Bürger nicht mehr in Bürgerämtern vorsprechen, die Stadt bleibt vor Ort ansprechbar. Schulungen zu den Verwaltungsprogrammen werden den Bürgern kostenfrei angeboten.
- Eine Open-Government-Offensive und die Programmierung einer eGovernment-App. Bürger sollen so Zeit sparen und Behördengänge wie Einwohnermeldesachen, Autokennzeichen, Führerscheine, Geburtsurkunden, Elterngeld und Kindergeld in einer App schnell und unkompliziert beantragen können.
- Die Ertüchtigung kommunaler Ordnungsbehörden für Sicherheitsaufgaben im Internet, ähnlich wie es jetzt bei ordnungspolizeilichen Befugnissen und Pflichten im öffentlichen städtischen Raum der Fall ist.

Die Kommune bleibt weiterhin erster, lokaler Ansprechpartner der staatlichen Verwaltung gegenüber den Menschen in unserer Stadt. Sie wird für viele Dienstleistungen und Verwaltungsakte des Staates stellvertretend für alle Ebenen (Land, Bund, EU) ausgebaut.

Digitalisierung der Kommunalpolitik

Die kommunalpolitischen Prozesse sind bislang halbherzig bis gar nicht digitalisiert. Während der einschneidenden Pandemie-Beschränkungen konnte man deutlich sehen, dass die Kommunalpolitik kaum arbeitsfähig war, da viele Prozesse auf persönlichem Kontakt beruhen.

Wir fordern daher:

- Es sollen Regeln für Online-Beratungen und -Abstimmungen geschaffen werden.
- Allen Gremien, Mandatsträgern und Fraktionen soll ein Videokonferenzsystem zur Verfügung gestellt werden, welches aktuelle technische und rechtliche Anforderungen

erfüllt. Das Videokonferenzsystem soll sowohl für den Austausch innerhalb der Mandatsträger genutzt werden als auch für Gremiensitzungen, Bürgerfragestunden oder andere öffentliche Veranstaltungen.

- Alle öffentlichen Gremiensitzungen sollen im Internet gestreamt werden können, wenn das Gremium es für sinnvoll hält. Für Bürgerfragen und -anregungen muss ein Rückkanal angeboten werden (z. B. über einen Text-Chat). Das Streaming ersetzt nicht die Möglichkeit für Bürger, vor Ort an den Sitzungen teilzunehmen, sondern ergänzt sie.
- Für alle Gremien, Mandatsträgern und Fraktionen soll eine kollaborative Arbeitsplattform eingerichtet werden, die Kommunikation, den Austausch und das gemeinsame Arbeiten an Dokumenten ermöglicht.

Öffnung der öffentlichen kommunalen Datenbestände

Wir fordern für Frankfurt eine kommunale Informationsfreiheits- und Transparenzsetzung als rechtssichere Grundlage der Herausgabe von nicht personenbezogenen öffentlichen Daten. Wir lassen uns dabei von dem Gedanken leiten, möglichst viele Daten öffentlich verfügbar zu haben.

Wir fordern:

- Die Einführung digitaler Formate im Bauwesen.
- Die Nutzung ganzer BIM-Modelle (Building Information Modeling – elektronisches Kataster des Baubestands) in der Baugenehmigungsphase und allen weiteren Verfahren zwischen Bürgern und Verwaltung (z. B. digitale Bauakte im Baugenehmigungsverfahren und frühzeitige digitale Bürgerbeteiligungsverfahren mit Bürgerbefragung in der Bauleitung) ermöglichen.
- Frei zugängliche Open-Data-Schnittstellen der Stadt Frankfurt wie offenedaten.frankfurt.de aktualisieren, ausbauen und dauerhaft pflegen. Sämtliche Statistikdaten der Stadt Frankfurt sollen unter Open Source Creative Commons Lizenz freigegeben werden. Daran sollen sich alle Frankfurter kommunalen Tochterunternehmen und möglichst alle in Frankfurt tätigen Mobilitätsunternehmen für Verkehrs-Daten beteiligen (z. B. mit Daten zu Parkraumauslastung, Car- & Bike-Sharing Standorte, Straßenauslastung, ÖPNV-Daten usw.). Übergreifende Mobilitäts-Anwendungen (Apps) sind so möglich. Es sollen auch mehr dynamische Schnittstellen zu Open Data mit Software Development Kits geschaffen werden.

Digitalisierung im Verkehrsbereich

Wir fordern:

- Eine Gleichwertige Berücksichtigung aller Verkehrsmittel (MIV-Mobilisierter Individualverkehr, Fahrrad, Pedelec und ÖPNV) und Optimierung des Verkehrsflusses durch Vernetzung der städtischen Verkehrsleitsysteme mit den Systemen des autonomen Fahrens.
- Planung und Bau innovativer Verkehrsmittel: Frankfurt soll Smart City werden mit automatisierten Verkehrssystemen, wie unterirdische Güterverteilsysteme und -schnelltransporte in Vakuumröhren, die als Zubringer und Entlastung zum Frankfurter Flughafen bereits heute projektiert werden sollen.
- Eine Reform des Parkraumkonzeptes. Wir wollen virtuelle Parkraumsysteme mit digitalem Parkticket und vernetzter Sensorik. Bewohnerparkzonen sollen für Carsharing-Anbieter mit free-floating-System geöffnet werden.
- Ein modernes digitales Logistikkonzept mit innerstädtischen Stellplätzen für Paketdienstleister und Lieferdienste. Der Flächenbedarf wird regional geplant und in den Randgebieten der Metropole sollen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden.
- Digitale automatisierte Verwaltung von LKW-Parkplätzen und -häusern für die Einhaltung von Ruhezeiten im Rhein-Main-Gebiet an allen Bundesautobahnen. Wir wollen Platooning (automatisierte Kolonnenfahrten von LKWs) zur Entlastung von Verkehrsflächen im Ballungsgebiet fördern.

Soziales, Gesellschaft und Gesundheit

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist gefordert, Rahmenbedingungen vorzugeben, die Hindernisse überwinden und die Gesellschaft als Ganzes voranbringen. Die sozioökonomische Herkunft und Herkunft der Eltern entscheiden selbst in unserer internationalen und toleranten Stadt immer noch über den späteren wirtschaftlichen Erfolg der Kinder. Der barrierefreie Zugang zu digitalen Angeboten soll mehr Chancen ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dazu gehört es auch, auf Umbrüche in der Arbeitswelt frühzeitig und effektiv zu agieren.

Wir fordern daher:

- Gezielte digitale Förderung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen mit Projekten wie z. B. CoderDojo (Programmierworkshops für junge Menschen). Außerdem müssen alle öffentlich finanzierte Bildungsinhalte allgemein zugänglich sein.
- Arbeitssuchende sollen in ihren Fähigkeiten hinsichtlich neuer Berufsfelder im digitalen Bereich stärker unterstützt werden. Die Evaluation der aktuellen Fähigkeiten und die

Unterstützung für die Weiterentwicklung soll dafür neu umgestaltet werden. Dazu soll ein digitales Stellenportal für einfache Tätigkeiten erstellt werden.

- Zugang zu schnellem und kostenfreiem Internet in allen staatlichen Einrichtungen, um lebenslanges Lernen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies gilt nicht nur für Schulen, sondern insbesondere auch für Alten- und Pflegeheime.

Forschung und Technologie

Die Metropolregion Frankfurt am Main ist ein wichtiges Zentrum für Forschung in Deutschland und Europa. Die Stadt Frankfurt soll in Fortführung der Tradition der Höchst AG einen Cluster für Forschung und Technologie gerade im Pharmabereich und in der Chemieindustrie aufnehmen, und die Kooperation des Mittelstandes mit Konzernen im Rhein-Main-Gebiet fördern. Angelehnt an das House of Logistics & Mobility (HOLM) am Flughafen, brauchen wir ein House of Pharma & Chemistry. Auch die Forschung der Chemie und Pharmafirmen im Umland und an der Goethe-Universität Frankfurt muss besser vernetzt werden.

Wir fordern einen Ausbau des Gewerbegebietes Osthafen speziell für forschende Unternehmen. Dabei sollten Flächen für forschenden Unternehmen mit einem Fokus auf Digitalisierung bereitgehalten werden. Innovation muss in Frankfurt eine Heimat haben, Frankfurt muss Digitalstadt Nummer 1 und Forschungshauptstadt im Rhein-Main-Gebiet werden.

Bildung

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main steht vor der Herausforderung, die besten Köpfe zu gewinnen, um sich auf die Zukunft vorzubereiten. Viele Berufe von morgen existieren heute noch nicht. Auf die unumkehrbare Entwicklung der Digitalisierung müssen Kinder und Jugendliche in der Schule bereits jetzt vorbereitet werden. Sie müssen als mündige Bürger befähigt werden, die Digitalisierung mitzugestalten. Dafür ist die Kommune durch die Ausstattung mit IT-Technik und digitalen Medien in den Bildungseinrichtungen verantwortlich. In jeder Stunde und in jedem Raum muss mit den dafür notwendigen Geräten gearbeitet werden können.

Wir fordern daher:

- Freies und offenes WLAN in allen Schulen und in allen von Lehrern und Schülern genutzten Räumen, an das sich sowohl schulische als auch private Geräte anmelden können. Zur Sicherheit können Jugendschutzfilter eingebaut werden.
- Ausreichender und deutlich erhöhter Digital-Etat für Schulen zur Ausstattung von mind. funktionierenden Projektoren und Steuerungs-PCs in allen Unterrichtsräumen. Technikräume für fachspezifischen Unterricht müssen weiterentwickelt werden.

Kompetenzen für den sicheren Umgang mit (sozialen) Medien müssen in den Schulen vermittelt werden.

- Organisation von TechniksUPPORT in eigener Regie. Die Auftragsvergabe für Ausstattung und Ausbau von zeitgemäßer Infrastruktur kann auch von den Schulen selbst an die Privatwirtschaft erfolgen.
- Ausstattung aller Schüler mit eigenen Tablet-PCs. Sozial schwächere Familien müssen bei der Anschaffung unterstützt werden. Dazu muss die Schule im Rahmen der Lehrmittelfreiheit jedem Schüler geeignete Geräte zur Verfügung stellen.
- Datenschutzkonforme Speicher- und Austauschmöglichkeiten in der Cloud (z. B. Lernplattformen) für alle Schüler. Geeignete digitale Medien werden zur Verfügung gestellt. Dazu gehört z. B. die Einführung von elektronischen Versionen von Lehrbüchern.
- Digitalisierung lokaler Bildungsangebote für die Erwachsenenbildung und Volkshochschule voranbringen.
- Ausbau der Volkshochschule als Bildungsplattform für die Stadt. Die Digitalisierung der Volkshochschule und das Angebot von Videokursen für das Remote Learning von zu Hause müssen als neue Chancen begriffen werden. Das gewährt einen breiteren und modernisierten Zugang zu Angeboten der Erwachsenenbildung.
- Kurse in Abendschulen müssen wieder attraktiver werden, sodass Bürger die Hochschulreife auch berufsbegleitend nachträglich erlangen können.
- Mehr berufsbegleitende Kurse für berufliche und private digitale Weiterbildung schaffen: Fortbildungsmöglichkeiten durch Programmierkurse sorgen für eine digitale Alphabetisierung.

Kultur

Alle städtischen Kultureinrichtungen sollen digitale Vermarktungsmöglichkeiten (z. B. der Besuch einer virtuellen Operaufführung) ernsthaft prüfen und nach Möglichkeit realisieren. Gegebenenfalls sind hierfür zweckgebundene Budgets einzurichten. Die genaue Ausgestaltung kann in Eigenregie erfolgen, jedoch sollten Kooperationen erwogen und ein gewisser Wiedererkennungswert als Frankfurter Kultureinrichtung eingehalten werden.

Das Angebot an (mehrsprachigen) Online-Tutorials und Audio-Guides für das Smartphone soll ausgebaut werden. Kulturell Interessierte können sich so bereits vor dem Besuch einer städtischen Bühne oder eines Museums auf das Geschehen vorbereiten. Mit Tutorials besteht die Möglichkeit, tiefer in bestimmte Themengebiete einzutauchen. Dadurch kann zum einen die Hemmschwelle für den Besuch von kulturellen Einrichtungen gesenkt werden. Zum anderen wird eine größere Teilhabe vieler gesellschaftlicher Gruppen möglich.

Wir fordern digitale Tickets für den Zugang zu den städtischen Museen und Kultureinrichtungen. Der Kauf von digitalen Eintrittskarten, auch in Kombination mit der „MuseumsuferCard“ sowie ggf. inklusive einer Verbund-Fahrkarte, muss heutzutage möglich sein.

Darüber hinaus sollen alle Museumsbestände digitalisiert werden und so ein Online-Museum aufgebaut werden. In den städtischen Museen lagern zahlreiche wertvolle Objekte, die aufgrund ihrer Menge nicht permanent ausgestellt werden können. Mittels digitaler Kataloge (inklusive kurzer Beschreibungen) können diese der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und darüber hinaus einfacher im Austausch mit anderen Museen für Sonderausstellungen genutzt werden.

Der Kulturcampus muss von Anfang an digital eingebunden werden. Das neue Viertel mit Wissenschaft, Kunst und Kultur ist eine Bereicherung für die Metropolregion. Es muss von Anfang an von Menschen für Menschen sein und ein großes digitales kulturelles Angebot schaffen. In diesem Rahmen können auch Angebote entstehen, um Kinder und Jugendliche mit Digitalisierung, Kommunikation und modernen Technologien vertraut zu machen.

Wir fordern ein Festival für Digitalkultur. Dadurch soll die Metropolregion zum Vorreiter für digitale Kulturereignisse werden. Wir denken hierbei an Drohnenshows wie bei der Altstadteröffnung, die aus dem Chaos Computer Club hervorgegangene unabhängige Künstlergruppe Projekt Blinkenlights oder an das französische Künstlerkollektiv Obvious, die mittels künstlicher Intelligenz Kunst „demokratisieren“ möchten. Schlagzeilen machte kürzlich deren ausschließlich von einem Algorithmus gemaltes Bild „Edmond de Belamy“. So ein Festival sollte im Rahmen einer Messe, z. B. für E-Gaming und E-Sports oder ähnlich dem Chaos Communication Congress in Leipzig stattfinden. Ein vergleichbares Konzept wurde bei der Luminale im Rahmen der Messe Light+Building äußerst erfolgreich im Frankfurter Kulturleben etabliert. Hierfür sind wir willens, städtische Zuschüsse bereitzustellen.

Stadtführungen sollen in virtuellen und erweiterten Realitäten (VR&AR =Virtual and Augmented Reality) realisiert werden. Solche Angebote sollten nicht in Konkurrenz zu Privatunternehmen stehen. Die Verwaltung und die städtischen Kultureinrichtungen können in Kooperationen auch Daten und Informationen an Dritte zur Verfügung stellen.

Wir wollen Medien- und Contentschaffende im digitalen Bereich fördern. Durch steuerlich absetzbare Fonds – ähnlich der Kultur- und Filmförderung – können Investitionshemmnisse in der Gaming-Industrie gesenkt werden.

Die Digitalisierung schafft auch neue Möglichkeiten in Form von digitalen Städtepartnerschaften. Städtepartnerschaften können durch gemeinsame videogestützte Veranstaltungen auf lokaler Ebene wiederbelebt werden. Wir wollen die politische Zivilgesellschaft in den Partnerstädten fördern. Wir wollen politische Parteien auf Partnerebene ansprechen und gemeinsame Gespräche führen. Die Digitalisierung soll

bestehende Partnerschaften vertiefen und Online-Begegnungen zwischen Städtepartnerschaften anregen.

Wirtschaft

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main steht vor der Herausforderung, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. Ein attraktiver Investitionsstandort muss heute neben qualifizierten Fachkräften, logistischer Erreichbarkeit und regulatorischen Rahmenbedingungen auch noch zusätzlich über eine sichere digitale Infrastruktur verfügen. Zugang zu schnellem Internet sollte inzwischen eine Selbstverständlichkeit sein, insbesondere an verkehrsrelevanten Punkten. Neuen Ansprüchen wie Rechtssicherheit im Internet und einfacher Verwaltung muss die Metropolregion gerecht werden.

Wir fordern daher:

- Eine Stärkere nationale und internationale Präsenz als Hauptstadt der digitalen Transformation im Banken- und Finanzsektor. Zum Beispiel das TechQuartier sollte mehr hervorgehoben werden, um Startups, Venture Capital, aber auch Brexit-Banken anzulocken.
- Den Ausbau und Förderung von Kompetenz- und Forschungszentren, wie z. B. HOLM.
- Die Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Universitäten. Die Vernetzung der Universitäten in Frankfurt, Darmstadt, Marburg und Gießen im Bereich der IT-Technologie muss gestärkt und der Aufbau von Forschungsclustern angeregt werden.
- Frankfurt/Rhein-Mail soll zu einer Leuchtturmmetropole für die Digitalisierung entwickelt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich bereits u. a. auf künstliche Intelligenz, Industrie 4.0, Quanten-Internet, Biotechnologie.
- Den Ausbau von schnellen und sicheren Datenleitungen zu Datenzentren außerhalb der Metropolregion. Der Fokus sollte auf Datenwertschöpfung liegen durch sichere und neuartige Quanten-Internetverbindungen mit Rechenclustern zum Standort Frankfurt/Rhein-Main.
- Eine sichere Stromversorgung von Rechenzentren mit Fernwärmeabgabe/Fernkühlung, zusätzlich Einsatz von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie.
- Eine EEG-Freistellung für Rechenzentren, die eine effektive Energienutzung und -umwandlung nachweisen können.

Europa

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main hat viele Chancen durch den europäischen digitalen Binnenmarkt. Keine andere Metropole in der Bundesrepublik ist so international und so bedeutend für unsere Europäische Union. Ohne eine Digitalisierungsoffensive wird Frankfurt/Rhein-Main dieser Bedeutung aber nicht gerecht. Es reicht nicht aus, sich auf dem

Verkehrsknotenpunkt, der Europäischen Zentralbank oder der geographischen Lage auszurufen. Vielmehr müssen diese Bedingungen genutzt werden, um zu einer echten digitalen Hauptstadt Europas zu werden.

Wir fordern daher:

- Die digitale Präsenz in Europa soll verbessert werden. Es braucht stärkere (Info-)Kampagnen für ein attraktives, europäisches, digitales Frankfurt/Rhein-Main, auch durch die Ansiedlung europäischer Institutionen und ausländischer Unternehmen durch Landes- und Bundespolitik.
- Einen besseren internationalen Zugang zum digitalen und analogen Angebot der Verwaltung. Baldmöglichst sollten „on-the-fly“-Übersetzungen in den Verwaltungsablauf implementiert werden.
- Die Domain Frankfurt.eu soll als Ergänzung für die deutsche frankfurt.de-Domain eingerichtet und Bestandteil der E-Mail-Adresse für alle städtischen Mitarbeiter werden. Dadurch wird die Bekennung der Metropolregion zur Europäischen Union hervorgehoben und ein klares politisches Zeichen gesetzt.
- Den Aufbau eines Europäischen Forschungsinstituts für angewandte Cyberabwehr in Frankfurt. Der Schutz ziviler und militärischer kritischer Infrastruktur ist ein bedeutendes Aufgabengebiet. Das Forschungscluster soll sich zusätzlich mit ressourcenschonender Energieversorgung und Ausstattung der Anlagen der Knotenpunkte in der Metropolregion auseinandersetzen.
- Die Festlegung von Mindestanforderungen für den Katastrophenschutz im europäischen Kontext. Dies betrifft insbesondere die Vorkehrungen für die Versorgung kritischer Internet-Infrastruktur auf europäischer Ebene, die in Frankfurt/Rhein-Main ansässig ist.

Politische Umsetzung

Wir Freien Demokraten sind überzeugt, dass die Chancen der Digitalisierung für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main groß sind. Dort, wo einzelne Maßnahmen in den Zuständigkeitsbereich des Landes, des Bundes und/oder der Europäischen Union fallen, müssen alle Verantwortlichen konsequent darauf hinarbeiten, diese Maßnahmen zu realisieren. Alle Formen der Zusammenarbeit und Finanzierung müssen genutzt werden. Die Konzeption der Digitalisierung darf nicht an Kompetenzfragen scheitern.

Pilotprojekt zum Zahlungsverkehr

Wir Freien Demokraten sprechen sich für die Teilnahme der Stadt Frankfurt am Kölner Pilotprojekt zur Entrichtung kommunaler Abgaben an den Einkaufskassen des Einzelhandels aus.

Zukünftig soll es zunächst für einen Testzeitraum von zwei Jahren möglich sein, erhobene Steuern, Buß- und Verwarngelder nach §§ 1 I, 56 I OWiG sowie sonstige Gebühren und Leistungsentgelte die aus der Verwaltungstätigkeit der Stadt Frankfurt am Main resultieren, mittels Barcode an den Kassen von Supermärkten, Tankstellen oder sonstigen geeigneten Händlern zu begleichen. Die Teilnahme der Handels erfolgt auf freiwilliger Basis und wird nicht durch die Stadt vergütet.

Hierbei sind weiterhin die Höchstgrenzen für die Entgegennahme von Bargeld durch die Einzelhändler im Rahmen der Geldwäscheprävention zu beachten. Weiterhin sollen Namen und Zahlungsgrund kodiert werden, sodass personenbezogener Daten weitestgehend begrenzt verarbeitet werden. Bei einer darüber hinausreichenden Verarbeitung personenbezogener Daten, sind die Gebote der Datensparsamkeit und Transparenz sowie die der DSGVO und des BDSG zu beachten.

Nach Ablauf der ersten Hälfte des Testzeitraumes soll die Stadtverwaltung eine Zwischenbilanz hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, Akzeptanz und eventuellen Missbrauchsgefahren ziehen, auf deren Grundlage die Stadtverordnetenversammlung über das Auslaufen oder die Fortführung des Projektes, ggf. unter zusätzlichen Auflagen, entscheiden soll. Hierbei sollen auch Ergebnisse und Erfahrungen aus anderen Städten angemessen gewürdigt werden.

UMWELT

Das Ziel liberaler Umweltpolitik ist es, nachhaltige Lebensqualität für alle Bürger unserer Stadt zu sichern und zu erreichen. Gemäß unserem Menschenbild vertrauen wir einerseits darauf, dass die Bürger selbst verantwortungsvoll und nachhaltig handeln; andererseits sehen wir die Stadt Frankfurt, ihre Akteure in Verwaltung und Wirtschaft ebenso wie jeden Einzelnen in der Pflicht, das Zusammenleben in der Stadt Frankfurt ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Klima

Der fortschreitende Klimawandel zählt unbestreitbar zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Pariser Klimaabkommen und dem dort vereinbarten Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bis 2100 auf deutlich unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Aktuell verfolgt die Europäische Kommission mit dem European Green Deal das Ziel, die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis 2050 auf null zu reduzieren und somit klimaneutral zu werden. Im Zuge des sogenannten European Climate Law sollen darüber hinaus auch die bestehenden europäischen Klimaziele für 2030 verschärft werden: Die Treibhausgasemissionen sollen gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 55 % anstelle von bislang mindestens 40 % verringert werden. Folglich sind nicht nur Verschärfungen der deutschen und hessischen Klimaziele erforderlich, sondern auch größere Anstrengungen in Frankfurt, um diese Ziele zu erreichen.

Hierzu fordern wir:

- Die Stadtverwaltung und kommunale Unternehmen werden verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren eine Planung vorzulegen, wie die verschärften Klimaziele für 2030 und 2050 quantitativ von der Stadt insgesamt (d.h. in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Wirtschaft) erreicht werden können und welche Maßnahmen dazu sowie zur Anpassung an den Klimawandel kurz-, mittel- und langfristig zu ergreifen sind. Dabei ist das Potenzial der Sektorenkopplung ausdrücklich zu berücksichtigen. (Geeignete Maßnahmen können unter anderem, aber nicht nur, die Verschattung von Straßen, Wegen und Gebäudefassaden sowie Dächern durch Begrünung sowie die Entsiegelung versiegelter Flächen sein. Die Maßnahmen sollen vorrangig auf städtischen Flächen durchgeführt werden; für private Flächen sollen Fördermaßnahmen angeboten werden).
- Verschattung:
In der bisherigen Stadtentwicklung und in Planungsprozessen war Verschattung immer negativ konnotiert. Auch heute noch werden Baugenehmigungen unter dem Aspekt der Verschattung geprüft. Verschattete Bereiche können aber einen höheren Wert darstellen als Bereiche, auf die die Sonne scheint. Deswegen sollten die Maßgaben für

Baugenehmigungen dahingehend verändert werden, dass verschattete Bereiche ausdrücklich gewünscht und auch aktiv nachgefragt werden können.

- Versiegelung:

Die Versiegelung von Flächen in der Großstadt stellt ein großes Problem für das Klima in der Stadt dar. Ziel muss es sein, Flächen zu entsiegeln. Das muss nicht im Widerspruch zum Neubau und zur Erweiterung von Wohn- und Gewerbeimmobilien stehen. Wenn Gebäude oder Gebäudeerweiterungen auf erschlossenen Grundstücken geplant werden, soll in Zukunft immer geprüft werden, ob die bereits versiegelte Fläche nicht verringert werden kann. Dazu sollen alle Außenbereiche analysiert werden und geprüft werden, ob sie nicht entsiegelt werden können. Die zu modernisierende Vorgartensatzung soll dann auch durchgesetzt werden.

- Begrünung:

Begrünung jeder Form ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, auch wenn es sich um kleine Flächen handelt.

- Alle städtischen Gebäude oder überwiegend durch städtische Einrichtungen genutzte Gebäude sollen konsequent mit Fassaden- oder Dachbegrünung versehen werden.
- Private Eigentümer sollen stärker zur Fassadenbegrünung motiviert werden, dazu müssen entsprechende Anreize gesetzt werden.
- Müssen Bäume gefällt werden, sollen Nachpflanzungen nicht nur an der ursprünglichen Stelle möglich sein, sondern in dem ganzen Stadtviertel, in dem gefällt wurde. Zudem sollen für jeden gefällten Baum drei neue Bäume gepflanzt werden.
- Balkonbesitzer sollen ausdrücklich zur großzügigen Begrünung ermuntert werden. Das kann durch die kostenlose Ausgabe von Pflanzen, durch Beratung oder durch Nachbarschaftsmotivation entstehen.
- Die Freien Demokraten lehnen die „Grünen Zimmer“ ab – die Kosten sind zu hoch, der Nutzen zu gering. Das Geld sollte für Pflanzungen im öffentlichen Raum genutzt werden.

- Kommunale Unternehmen sowie Verkehrsbetriebe sollen ab 2022 zur Erstellung eines jährlichen Nachhaltigkeitsberichts verpflichtet werden, der über den Energieverbrauch und die CO₂-Bilanz berichtet.

- Für die Erreichung der Klimaziele sollen Maßnahmen, die die Qualität der Stadt in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Wirtschaft bei gleichzeitiger Emissionsreduktion erhalten oder sogar weiterentwickeln, priorisiert werden. Wir setzen auf innovative Alternativen anstelle von Verboten.

- Luftqualität:

Die Freien Demokraten unterstützen die Umwandlung des Kohlekraftwerks in ein vollständiges Gaskraftwerk. Das allein reicht aber nicht aus, um die Luftqualität in der Stadt signifikant zu verbessern. Innerhalb der Stadt müssen die größten Emittenten von Luftschadstoffen mit dem Ziel, diese zu verringern, identifiziert werden. Dabei steht der ATA-Ansatz im Vordergrund. ATA steht für Aufklärung, Technologie, Anreize. *Aufklärung* bedeutet, dass die Emittenten auf umweltfreundlichere Alternativen, zu denen auch der Verzicht zählen kann, hingewiesen werden. *Technologie* bedeutet, dass technologische Neuerungen, wie z. B. die Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks, aktiv genutzt werden sollen, um die Luftqualität nachhaltig zu verbessern. *Anreize* bedeutet, dass der Verzicht auf Luftemissionen entsprechend belohnt werden sollte, z. B. durch einen Zuschuss zum Elektrofahrrad, wenn das Auto eines Haushaltes abgeschafft wird. Anreize stellen einen sehr wichtigen Aspekt zur nachhaltigen Veränderung von Verhalten da.

Energieversorgung

Um die Klimaziele erreichen zu können, müssen die Treibhausgasemissionen auch bei der Versorgung mit Strom und Wärme bis 2050 auf netto null reduziert werden. Während der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor in den vergangenen Jahren bereits erheblich gesteigert werden konnte, erfolgt die Wärmeversorgung noch immer überwiegend mit Heizungen, die fossile Energieträger verbrennen, und verursacht so einen erheblichen Teil der Treibhausgasemissionen Frankfurts. Daher liegt hier ein wesentlicher Schlüssel, um die Klimaziele zu erreichen.

Zu diesem Zweck fordern wir:

- Die Durchführung einer Potenzialstudie innerhalb eines Jahres zur Emissionsreduktion im Wärmesektors der Stadt, insbesondere der städtischen Gebäude.
- Den Ersatz der beiden Steinkohleblöcke im Heizkraftwerk West bis spätestens 2026 durch eine umweltfreundlichere und wirtschaftliche Technologie.
- Den Ausbau des Fernwärmenetzes mit dem Ziel der weitreichenden Versorgung öffentlicher und privater Gebäude, einschließlich der zunehmenden Nutzung umweltfreundlicher Wärmequellen. Dazu soll innerhalb eines Jahres eine Planung veröffentlicht werden.
- Den Neubau von Nahwärmenetzen, in Stadtteilen bzw. Quartieren, wo kein Anschluss an das Fernwärmenetz wirtschaftlich bzw. machbar ist. Versorgt werden sollen diese Netze durch erneuerbare Wärmequellen oder Abwärme, bspw. aus Rechenzentren.
- Die Modernisierung der Heizungen kommunaler Gebäude, in Verbindung mit der Nutzung umweltfreundlicher Wärmequellen bzw. dem Wärmenetzanschluss sowie der energetischen Sanierung.
- Die Nutzung von geeigneten Flächen (inkl. Dachflächen) zur Erzeugung von Strom oder Wärme mit Solarenergie.

- Maßnahmen zur Sektorkopplung und Flexibilisierung des Energiesystems, z. B. durch den Bau von Strom- und Wärmespeichern, die Umwandlung von überschüssigem erneuerbarem Strom in Wärme (Power-to-Heat) oder Wasserstoff bzw. synthetisches Methan (Power-to-Gas), die wiederum gespeichert und zur Energieerzeugung oder im Verkehr genutzt werden können.
- Eine Anpassung städtischer Vorschriften, sodass eine energetische Sanierung betroffener Wohnhäuser zulässig ist.
- Die Identifikation und Veröffentlichung von Anbietern von Anlagen zur Nutzung von Abwärmequellen.
- Die Priorisierung von bestehenden Fördermaßnahmen von emissionsarmen Heizsystemen in der Haushaltsplanung.
- Bezüglich der Mobilitätsinfrastruktur sollen Verbrauchern Treibstoffe technologieoffen angeboten werden, anstatt staatlicherseits nur E-Ladestationen zu forcieren. Im Treibstoffmix soll auch Wasserstoff berücksichtigt werden.
- Für den Frankfurter ÖPNV soll das Potenzial des bei Infraserb in Höchst zur Verfügung stehenden Wasserstoffs genutzt werden.
- Das Potenzial der Abwärme von Rechenzentren soll für die Erzeugung von Wärme (Quartiersheizung) bzw. Kälte erschlossen werden. Wir fordern für diese Optionen ein Förderprogramm anzubieten.

Sauberkeit und Kreislaufwirtschaft

Wir Freien Demokraten wollen die Potenziale einer Kreislaufwirtschaft für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Rohstoffnutzung in der Stadt Frankfurt ausschöpfen. Übergeordnetes Ziel muss es sein, Abfallprodukte zu vermeiden, sie je nach Potenzial konsequent und gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz direkt wiederzuverwenden (ggf. nach Reinigung), durch Umformung oder ähnliche Technologien wiederzuverwerten (Upcycling), stofflich zu verwerten (Recycling) und energetisch zu nutzen.

So wollen wir zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Wertschöpfung beitragen. Ab 2022 soll die Stadt Frankfurt jährlich über die konsequente Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in städtischen Einrichtungen und Eigenbetrieben berichten.

Darüber hinaus fordern wir:

- Die Stadt Frankfurt und die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sollen zu einem Praxislabor für eine funktionierende städtische und regionale Kreislaufwirtschaft aufgebaut werden. Dazu fordern wir, dass die Stadt Frankfurt alle nötigen Schritte unternimmt, um die Wertschöpfungspotenziale zu ermitteln und ihre Nutzung zu erarbeiten:

- Die Stadt Frankfurt soll die kommunale Abfallwirtschaft in die Pflicht nehmen, Art und Volumen der verarbeiteten Wertstoffe und die daraus erzielte Wertschöpfung jedes Jahr der Stadtverwaltung in einem ausführlichen Bericht offenzulegen.
- Die Verfahren des Abfalltransports sollen auf ihre Energieeffizienz untersucht werden und die Energiebilanz sowie Wertschöpfung jährlich berichtet werden.
- Digitalisierte Verfahren zur Erfassung und Auswertung von Abfallstoffvolumen und Abfallhandelsvolumen sollen eingeführt und der Status jährlich berichtet werden.
- Das Optimierungspotenzial des Recyclings von Metallen und festen, flüssigen und gasförmigen kohlenstoffhaltigen Produkten soll zusammen mit der Industrie erarbeitet werden. Der Stand der Praxis und das Optimierungspotenzial sollen jährlich berichtet werden.
- Die Stadt soll diese Berichte jährlich auf ihr technisches, ökonomisches und ökologisches Potenzial analysieren und in konkrete Maßnahmen übersetzen.
- Die Stadt Frankfurt soll über alle Standards und Normen sowie rahmenrechtlichen Bestimmungen berichten, die einer Umsetzung dieser Maßnahmen entgegenstehen. Wir fordern, Standards, Normen und Rahmenbedingungen dem technischen Fortschritt der Abfallsammlung und neuen Möglichkeiten der Abfallnutzung anzupassen, um das Potenzial der Kreislaufwirtschaft umfassend zu nutzen.

Umweltberatung

Für uns Freie Demokraten nimmt der Umweltschutz einen hohen Stellenwert ein.

Deshalb fordern wir, auf der Webseite der Stadt im Bereich Umwelt die Seite so aktualisieren, dass alle Beratungsangebote, die es in Frankfurt zum Thema Umweltberatung gibt, dort zusammengestellt und übersichtlich aufgelistet werden – ähnlich wie es bereits bei Sportvereinen der Fall ist.

Ferner soll das Dezernat Umwelt in Kooperation mit allen zuständigen Stellen der Stadt sowie den Energieversorgern ein Umweltinformationszentrum (UIZ) initiieren, das Bürger, Vereine und Unternehmen sowie Vertreter von Gewerbegebieten zu Umweltfragen berät. Hierfür sollen regelmäßig offene und themenspezifische Sprechstunden stattfinden (z. B. zu „Radverkehr und umweltfreundliche Mobilität“, „Umweltfreundliche Wege zum Arbeitsplatz“, „Beratung zum energieeffizienten Sanieren von Wohnraum mit und ohne Fördermittel“). Zudem werden stadtweite Aktionen und Informationstage angeboten. Informationsformen sollten sein:

- Beratungen zu Umweltthemen, kostenlose Broschüren, Informationen, Materialien
- Ausleihe von Geräten
- Seminare, Foren, Vorträge, Exkursionen

- Umweltbildung und Familie

Die Aufgabenschwerpunkte dieses UIZ sind:

- Energie, ökologisches Bauen, Klimaschutz
- Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft
- Bodenschutz
- umweltfreundliche Beschaffung
- Immissionsschutz
- Abfallrecycling und Kreislaufwirtschaft
- Landschafts- und Naturschutz
- Wasser/Abwasser
- aktuelle Umweltthemen

Außerdem soll das UIZ in Projekte der Stadtplanung – Sanierung wie Neubau – mit einbezogen werden.

Die Stadt Frankfurt soll einen Ideenwettbewerb für Unternehmer und Gründer organisieren, die sich besonders im Umwelt- und Klimaschutz auszeichnen.

Die Stadt wird in geeigneter Form über den Erfolg ihrer Beratungsangebote informieren.

SPORT UND FREIZEIT

Attraktive Sport und Freizeitaktivitäten sind ein wesentlicher Faktor für den Erhalt der Gesundheit der Bürger und die Lebensqualität unserer Stadt. Sport und Vereine leisten einen großen Beitrag, dass soziale Kompetenzen und gesellschaftliche Regeln von Fairness im Umgang miteinander früh gelernt und gelebt werden. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Frankfurt eine attraktive Infrastruktur für Sport- und Freizeitmöglichkeiten bietet.

Dazu gehören zum einen flächenmäßig ausreichende, von allen Stadtteilen aus erreichbare und gut ausgestattete Sportflächen und Freizeitanlagen und zum anderen die Unterstützung von Sport- und Freizeitorganisationen, insbesondere von Vereinen. Die finanzielle Förderung durch die Stadt ist dabei eine wichtige Voraussetzung für uns, damit Vereine über das unmittelbare Sport- und Freizeitangebot hinaus zum friedlichen und toleranten Miteinander in unserer Stadt beitragen und allen Bürgern unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion und Sexualität offenstehen.

Orientierung über Sportangebote und Möglichkeiten anbieten

Wir wollen eine Übersicht über das gesamte Frankfurter Sportangebot erstellen: Über eine interaktive Sportkarte sollen sich Frankfurter über Breiten- und Freizeitsport sowie über Sportanlagen und Bewegungsräumen, die mit Geräten ausgestattet sind, informieren und diese lokalisieren können.

Zustand und Bestand von Sportstätten evaluieren

Es soll eine Bestandsaufnahme aller Sporthallen, Sportplätze und Sportstätten in Frankfurt und eine Potenzialanalyse initiiert und durchgeführt werden, die beispielsweise über den Renovierungsbedarf von Sportstätten berichtet. Sowohl Bestandsaufnahme als auch Potenzialanalyse sind frequentiert unaufgefordert der Stadtverordnetenversammlung und den Ortsbeiräten vorzulegen.

Freizeitsport breit aufstellen und ermöglichen

Wir wollen den Stellenwert von Sport, insbesondere von Freizeitsport, erhöhen und das Angebot für Nicht-Trendsportarten ausweiten. Sportstätten sollen deshalb so konzipiert, geplant oder umgebaut und erweitert werden, dass die Infrastruktur ein breites Sportangebot zulässt. Leichtathletikangebote wurden z. B. in den vergangenen Jahren zurückgebaut. Das ist nicht nur für den Vereinssport ein Verlust. Auch Sportangebote im schulischen Bereich brauchen diese Infrastruktur, um Bundesjugendspiele veranstalten zu können. Sportplätze und Sportstätten sollen bei der Planung von Neubaugebieten berücksichtigt werden.

Die frei zugänglichen Sportstätten, z. B. in Frankfurter Parks oder in den Stadtteilen, sollen möglichst viele Sportarten Raum geben. Zum Beispiel sollen nicht nur Bolzplätze gebaut

werden, sondern auch andere Sportarten wie Handball, Basketball, Tischtennis in solche Sportstätten integriert werden. Ein Positivbeispiel hierfür ist der Hafepark. Wo es sich anbietet, sollen diese Plätze sozial betreut werden. Außerdem soll – wo möglich – mit Jugendhäusern und der Sportjugend Frankfurt kooperiert werden. Insbesondere soll mit Frankfurter Mädcheneinrichtungen verstärkt zusammengearbeitet werden. Sportstätten und Bewegungsräume – insbesondere solche, die für Freizeitsport und Freizeitaktivitäten genutzt werden – sollen auch die sportlichen Interessen von Frauen und Mädchen abbilden. Hier sollen Frauen und Mädchen aktiv in die Neuplanung mit einbezogen werden.

Die Angebote auf Sportanlagen/Sportstätten müssen auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sein. Wir wollen Teilhabe ermöglichen. Ein gelungenes Beispiel ist die geplante Margarete-Schütte-Lihotzky-Anlage in Praunheim.

Schulhöfe sollen, insbesondere im Innenstadtbereich an Wochenenden und – wo möglich – an Nachmittagen, für den Freizeit- und Breitensport geöffnet werden. Böden sollen sporttauglich gestaltet werden, beispielsweise durch einen Belag aus Kunststoffgranulat auf Schulhöfen, die Sportler aufgrund ihrer Ausstattung und Größe gut nutzen könnten.

Die Grünanlagensatzung sollte geändert werden, damit Sportkurse dort – nach Vergabe durch eine im Sportamt angesiedelte Vergabebörse – legal angeboten und durchgeführt werden können.

Hallenbelegung und Vergabebörse für eine transparente Platzvergabe

Die Frankfurter Sportvereine nutzen Sportplätze und Schulsporthallen – also städtische Infrastruktur. Diese Hallen- und Sportplatz-Belegung sollte alle fünf Jahre evaluiert werden, damit transparent über die tatsächliche Auslastung berichtet werden kann. Bei einer längeren Nicht-Belegung sollten die Hallen-/Sportplatzzeiten wieder an die Stadt gehen, damit diese Slots durch andere Sportvereine und Sportanbieter genutzt werden können. Hierfür wollen wir eine zentrale Stelle für die Vergabe von Sporthallen einrichten. Über eine solche Vergabebörse sollen auch Sportangebote in Parks geregelt werden, damit wir unsere Grünflächen nachhaltig schonen können. Schulsporthallen und Schwimmhallen sollen von außen zugänglich sein, damit sie ohne Durchgang durch die Schule für Vereine zugänglich sind.

Zentrale Anlaufstelle für Vereine einrichten

Die Vereine in Frankfurt haben für ihre Anliegen unterschiedliche Ansprechpartner. Beispielsweise gewährt das Sportamt Zuschüsse für die Umrüstung der Sportfelder auf Kunstrasen. Das Energiereferat hilft bei energetischen Sanierungen. Zuschüsse gibt es auch vom Land. Für Genehmigungen müssen sich die Vereine wieder an ein anderes Amt wenden. Ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten ist gut; Für die oft ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen ist es aber ein kaum zu leistender Mehraufwand, diese in Anspruch zu nehmen.

Deshalb wollen wir eine zentrale Anlaufstelle im Sportamt einsetzen, die sich um die Fragen und Belange der Frankfurter Sportszene kümmert. Die Anlaufstelle sollte digital arbeiten.

Öffnung von Sportstätten für den Freizeitsport nötig

Sportstätten mit Außenanlagen könnten viel intensiver genutzt werden, ohne dass sich dies auf den Vereinssport auswirkt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Sportanlagen auch für den Freizeitsport geöffnet werden. Über ein einfaches, unkompliziertes und unbürokratisches System wollen wir Freizeitsportlern Zugang zu den Sportanlagen verschaffen, z. B. über eine Frankfurt-Sport-App. Freizeitsportler sollen die Plätze nutzen können, aber auch so hinterlassen, dass der Vereinssport nicht eingeschränkt wird. Für die Vereine muss Rechtssicherheit bestehen.

Schwimmkompetenz erhöhen – bei Grundschulern beginnen

Wir wollen die Schwimmkompetenz bei Grundschulkindern erhöhen. Die Kinder brauchen mehr Schwimmkurse. Außerdem sollen mehr Wasserflächen (auch Lehrschwimmbecken in Schulen) geöffnet werden, damit auch außerhalb der Schulzeiten geschwommen werden kann. Eltern von Nichtschwimmern sollen über Angebote und Anreize aufgeklärt werden.

Sportereignisse: und Nachtturniere/Nachtevents sollen stattfinden

Wir wollen Sportevents im Breitensport, z. B. Fußball- oder Handball-Nachtturniere oder sogenannte Mitternachtsturniere, einfacher ermöglichen. Diese Turniere haben einen starken sozialen und integrativen Charakter.

Sport und Umwelt sinnvoll verbinden

Immer mehr Initiativen, die Umweltaspekte wie Vermüllung oder Wassernotstände thematisieren, verbinden ihre Anliegen mit sportlichen Aktivitäten. Plogging ist z. B. mittlerweile eine geläufige Sportart, die Joggen mit dem Einsammeln von Müll verbindet und so einen Beitrag für den Umweltschutz leistet. Die Stadt Frankfurt sollte rund um die Frankfurter Grünanlagen sogenannte Sammelpunkte einrichten, damit die Läufer nach der Plogging-Einheit unkompliziert und schnell den gesammelten Müll dort ablegen können. Unterstützt durch die „Stabstelle Sauberes Frankfurt“ kann die Plogging-Aktivität angemeldet werden und der gesammelte Müll schnell, unkompliziert und fachgerecht entsorgt werden.

Sport in seiner integrativen Funktion unterstützen

Sport und insbesondere der organisierte Sport leisten insbesondere im Bereich der Integration herausragende Arbeit in unserer Stadt. Wir wollen die Vereine ermutigen, sich offen und transparent zu präsentieren. Wir wollen daher Zuschüsse für Vereine auch an Integrationsleistung knüpfen: Vereine, die gesellschaftlich offen sind und gegen Fremdenhass aktiv werden, sollen bei der Vergabe von Zuschüssen bevorzugt werden.

Sport und Covid-19: Größere Räume zum Einhalten von Sicherheits- und Hygienevorschriften

Um den jeweiligen Sicherheits- und Hygienevorschriften gerecht werden zu können, sollten Vereine und Sportgruppen besser und effizienter unterstützt werden. Sie brauchen Lösungen für fehlende Übungs- und Trainingsmöglichkeiten. Den Mietern von Saalbau-Räumen soll z. B. schnell und unkompliziert ein größerer Raum angeboten werden als eigentlich vorgesehen, damit sie weiter trainieren können. Dies sollte, wenn möglich, auch ohne Preiserhöhung stattfinden.

Freizeit und Erholung

Der Grüngürtel rund um die Stadt und die Grünflächen innerhalb der Stadt haben eine wichtige Bedeutung für die Lebensqualität in Frankfurt. Erhalt, Gestaltung und Pflege der Grünflächen sind wichtig für das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität. Mit Ausnahme des Stadtwaldes unterliegen die Freiflächen einer mehr oder weniger intensiven Nutzung durch Landwirtschaft, Gartenbau und als Erholungs- und Sportflächen. Wir wollen die ökologische Qualität dieser Flächen erhalten und verbessern, beispielsweise durch eine naturnahe und insektenfreundliche Begrünung. Wohnortnahe und gepflegte Grünanlagen sind für eine hohe Lebensqualität unverzichtbar und dienen als Naherholungsgebiet. Deshalb wollen wir die Bürger bei der Gestaltung und Pflege von Parkanlagen einbinden und unterstützen z. B. Projekte wie Baumpatenschaften.

Daher fordern wir einen Frankfurter Zukunftswald: Das Willkommenspaket für Neugeborene ist um einen Gutschein für einen Baumsetzling zu erweitern, der im eigenen Garten oder auf einer öffentlichen Grünfläche gepflanzt werden kann. Wir wollen in möglichst vielen Frankfurter Stadtteilen Flächen ausweisen, die als Mini-Wäldchen nach der Miyawaki-Methode umgestaltet werden, um die Klimaanpassung der Stadt zu verbessern. Die Ortsbeiräte sollen bei der Auswahl der Fläche miteinbezogen werden.

Viele Wege in Parkanlagen müssen ausgebaut und verbreitert werden, damit Fußgänger, Radfahrer und andere Parknutzer sie sicher und gut nutzen können. Wir wollen außerdem mehr Fahrradbügel an Spielplätzen oder Plätzen und Grünflächen aufstellen.

Die städtische Müllentsorgung in den Grünanlagen ist effizienter zu organisieren, wo möglich auch durch Nutzung von Sensoren an den Abfallbehältern (Smart-Waste-Anwendungen). Durch diese Sensoren kann das Grünflächenamt jederzeit digital einsehen, wann die Behälter geleert werden müssen, und so den Prozess effizient und schnell managen. Insbesondere nach Sommertagen, wenn Grünanlagen stark ausgelastet sind, muss der liegengeliebene Abfall schnell entsorgt und Abfallbehälter geleert werden. Wir appellieren an die Bürger, das vorhandene Angebot besser zu nutzen. Fehlverhalten sollte entsprechend des geltenden Bußgeldkataloges stärker sanktioniert werden. Damit die Menschen ihren Müll auch

wegräumen können, bedarf es ausreichend großer Müllentsorgungsstellen an geeigneten Plätzen in den Parks, z. B. an den Grillplätzen, Liege- oder Hundewiesen.

Wir wollen mehr öffentliche Toiletten bereitstellen. Insbesondere im Innenstadtbereich, in Grünanlagen und Parks sowie in Einkaufsstraßen sollen mehr öffentliche Toiletten erreichbar und zugänglich sein. Die Standorte sollen mit dem jeweiligen Ortsbeirat abgestimmt werden.

Das Genehmigungsverfahren für vertikale Wandbegrünung und Dachbepflanzung zum Schutze der Umwelt soll unkompliziert möglich sein. Bepflanzung soll – solange sie niemandem schadet – auch von der Stadt ermöglicht und unterstützt werden, z. B. durch Urban-Gardening-Projekte oder Pflege und Erhalt der Frankfurter Streuobstwiesen.

Das wollen wir für Frankfurt erreichen:

- Ein Aktionsplan „Sauberes und sicheres Frankfurt“ mit Regelungen für Parks und öffentliche Grünanlagen.
- Die Müllentsorgung in Parks verbessern, vor allem in der Grillsaison, überfüllte Mülleimer durch Smart-Waste-Anwendungen vermeiden, und bedarfsgerechtes Entleeren organisieren.
- Mehr öffentliche Toiletten in der Innenstadt, in Parks und Einkaufsstraßen.
- Ein Frankfurter Zukunftswald und das Willkommenspaket für Neugeborene um einen Gutschein für einen Baumsetzling erweitern.
- Schulgärten und Naturprojekte unterstützen, die den Bürgern und vor allem Kindern die Natur näherbringt.
- Hundebeutel in Parks.
- Urban Gardening ermöglichen und Streuobstwiesen mit einbeziehen.
- Die Sanierung der Infrastruktur in den Parks und Grünanlagen.
- Stauden, Kräuter- und Blumenwiesen wo möglich anstelle von Wechselbeeten anlegen.
- Erhalt der ökologisch wichtigen Ausgleichsflächen für Frischluftzufuhr und Verbesserung des Stadtklimas.
- Die Wiederbelebung von stillgelegten Springbrunnen, z. B. auf der Verkehrsinsel am Eschenheimer Tor.
- Die Realitätsnahe Überarbeitung der Vorgartensatzung und so z. B. Fahrrad- und Mülltonnenplätze zulassen.
- Die vollständige Renaturierung der Nidda mit geschützten Bereichen entlang der Flussufer für Flora und Fauna.
- Den Rückbau von Maßnahmen der Kanalisierung von Flüssen und Bächen (ausgenommen davon ist der Main).

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung zählt zu den Grundbedürfnissen der Bürger. Sie zu gewährleisten ist ein entscheidender Beitrag für den sozialen Frieden und die Lebensqualität in der Stadt. Sicherheit und Ordnung bedingt jedoch oftmals Eingriffe in Grundrechte. Ziel liberaler Sicherheitspolitik ist es dabei, eine sachgerechte Balance zwischen Sicherheit und Ordnung und den Bürgerrechten herzustellen. Eingriffe in Grundrechte sind deshalb nur bei strikter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit hinnehmbar. Für Liberale heißt es: Im Zweifel für die Freiheit.

Gesetzesvollzug statt Gesetzesproduktion

Die Statistiken zeigen erfreulicherweise, dass die Kriminalität, teilweise erheblich, zurückgegangen ist. Vor diesem Hintergrund besteht keine Notwendigkeit für neue Sicherheitsgesetze und Gesetzesverschärfungen. Wir Freien Demokraten wenden uns deshalb gegen solche populistischen Forderungen. Die bestehenden gesetzlichen Instrumente reichen aus, um öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Sie müssen allerdings konsequent angewandt werden.

Wir legen hierbei großen Wert auf eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung des Ordnungsamtes mit der Stadtpolizei. Insbesondere die sogenannte „Task Force“ des Ordnungsamtes, die eine Einhaltung der Regeln der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Frankfurt zu Abend- und Nachtzeiten gewährleisten soll, muss personell erheblich aufgestockt werden, um dem insoweit bestehenden Sicherheitsbedarf der Bevölkerung Rechnung zu tragen. So ist es für Bürger nicht zumutbar, wenn bei nachts auftretenden Vorfällen von Lärmbelästigung und Vandalismus, die Task Force erst mit mehrstündiger Verspätung eingreifen kann. Für Gebiete, die vor allem in den Nachtstunden unter Lärmbelästigung leiden, wie etwa der Friedberger Platz, oder das Brückenviertel, müssen orts- und anlassbezogene Konzepte entwickelt und im Hinblick auf die Erfahrungen angepasst werden, um einen langfristig tragfähigen Ausgleich zwischen dem Ruhebedürfnis der Anwohner und urbaner Lebenskultur zu schaffen. Hierzu gehört es auch, etablierte Amüsierviertel, wie Alt-Sachsenhausen, als solche anzuerkennen und nicht durch eine dauerhaft verkürzte Sperrstunde Probleme nur an andere Orte zu verlagern. Angestellte des Ordnungsamtes müssen auch in den Nachtstunden in entsprechender Stärke präsent sein, um das Ordnungsrecht durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und der Landespolizei muss für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung weiter optimiert und enger verzahnt werden. Die Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Stadtpolizei muss qualitativ verbessert werden. Um das Vertrauen der Bürger in die Organe zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu steigern, muss entsprechend den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eine Kennzeichnungspflicht für Stadtpolizisten und

Ordnungsbeamten gelten, um Beamte eindeutig identifizieren zu können. Den freiwilligen Polizeidienst lehnen die Freien Demokraten ab. Er kann den qualifiziert ausgebildeten Beamten nicht ersetzen und steht außerdem im Widerspruch zum Gewaltmonopol des Staates. Rechtsextremen Tendenzen bei Polizeibehörden ist, ohne dass hier ein Generalverdacht angezeigt ist, entschieden entgegenzuwirken. Sie beschädigen das Ansehen und Vertrauen in die Beamten massiv.

Sicherheit im Innenstadtbereich verbessern

Wir fordern eine „Wache an der Wache“: Mit einer Polizeistation an der Hauptwache wird die objektive Sicherheitslage verbessert und dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürger Rechnung getragen. Das Ordnungspersonal muss im öffentlichen Raum deutlich präsent sein. Die wirkungsvolle Umsetzung von Sicherheitsstrategien darf nicht an zu wenig Personal scheitern. Frankfurt muss sich hier beim Land Hessen für eine Stärkung der Landespolizei in Frankfurt einsetzen, da alleine mit den kommunalen Möglichkeiten die Herausforderungen nicht erfüllt werden können. Gerade an kriminalitätsgefährdeten Stellen ist eine erhöhte Polizei- und Stadtpolizeipräsenz erforderlich. Im Bahnhofsviertel muss die Strafverfolgung der Betäubungsmittelhändler im Fokus stehen.

Vermüllung entgegenwirken – Sauberkeit gewährleisten

Frankfurt braucht einen umfassenden Aktionsplan für Sauberkeit und gegen die Vermüllung der öffentlichen Räume. Ein sauberes Stadtbild senkt die Kriminalität. Gerade hier fordern wir daher die Umsetzung der Gefahrenabwehrverordnung. Vermüllung schädigt die Umwelt und muss daher zurecht mit einem Bußgeld sanktioniert werden. Die besonders betroffenen Stellen, wie etwa das Mainufer, bedürfen dazu mehr Aufmerksamkeit. Der öffentliche Raum darf nicht zweckentfremdet werden, z. B. indem dort willkürlich Hab und Gut gelagert wird. „Wildpinkeln“ muss mit jeweils zwei Toilettenanlagen am nördlichen und südlichen Mainufer entgegengewirkt werden.

Straßenmusik sinnvoll regeln

Straßenmusik ist Bestandteil des städtischen Lebens und grundsätzlich eine Bereicherung. Viele Geschäftsinhaber und Anwohner der Stadt beschwerten sich aber, wenn Straßenmusiker über längere Zeiträume in penetranter Lautstärke Besucher beschallen. Erforderlich ist deshalb hier ein Konzept, z. B. vergleichbar mit dem sogenannten „Münchener Modell“, nach dem zur Erteilung der straßenrechtlichen Sondernutzungsgenehmigung eine Qualitätskontrolle vor einem qualifizierten Gremium durchzuführen und in der Zeit und Ort des Musizierens geregelt ist.

Keine Toleranz gegenüber häuslicher Gewalt

Die Covid-19-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass häusliche Gewalt ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema ist. Der Gesetzgeber hat mit dem Gewaltschutzgesetz und der polizeirechtlichen Wohnungszuweisung ein effektives juristisches Instrument geschaffen, häusliche Gewalt zu unterbinden. Das Problem besteht aber darin, dass Betroffene oftmals keine Kenntnisse von ihren rechtlichen Möglichkeiten haben. Dagegen braucht es eine entsprechende Informationskampagne der Stadt. So können Informationen leicht auffindbar sowohl im Internet, in Informationsbroschüren und an städtischen Beratungsstellen, aber auch durch entsprechende Workshops vermittelt werden. Hierbei sind insbesondere das Kinderbüro und das Frauenreferat in die Aktivitäten mit einzubinden, da sich häusliche Gewalt sehr häufig gegen Kinder und Frauen richtet. Die Bekanntheit des Frauennotrufs ist durch entsprechende Informationsmaßnahmen zu verbessern.

Angriffe auf Amtsträger bekämpfen

Seit geraumer Zeit steigt die Zahl der körperlichen und verbalen Angriffe auf Amtsträger. Hiervon sind Polizeibeamte, städtische Ordnungskräfte, Feuerwehrlente und Rettungskräfte betroffen. Dieses Verhalten ist strafrechtlich relevant und gegenüber Menschen, die sich in den Dienst der Gesellschaft stellen, nicht hinnehmbar. Die vorgenommenen Verschärfungen durch den Bund, die neuen Straftatbestände und die Erhöhung der vorhandenen Strafraumen waren wirkungslos.

Wir Freien Demokraten sehen auch hier ein wirksames Vorgehen in der konsequenten Anwendung der bestehenden rechtlichen Regelungen und die entsprechende personelle und sachliche Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden. Dieses Thema muss in der öffentlichen Debatte problematisiert und eine entsprechende Akzeptanz und Sensibilität für die wichtige Arbeit der Amtsträger geschaffen werden.

Inwieweit hier, insbesondere bei Polizeibeamten, sogenannte Body-Cams hilfreich sind, muss vor dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und auf Grundlage von Erfahrungswerten kritisch überprüft werden. Der Einsatz muss nachweislich wirksam sein und datenschutzrechtlicher Standards einhalten. Die Speicherung der Daten ist nur so lange zulässig, wie dies für die verfolgten Zwecke notwendig ist. Die Aufnahmen dürfen nicht einseitig gegen Bürger eingesetzt werden, sondern müssen z. B. ebenfalls im Falle einer internen Ermittlung gegen Beamte wegen eines Fehlverhaltens hinzugezogen werden dürfen. Nur so wird das Vertrauen in den Rechtsstaat aufrechterhalten.

Ja zu Frauenrechten - Nein zur Zwangsprostitution

Frankfurt ist mit dem Bahnhofs- und dem Allerheiligenviertel eines der Zentren für Zwangsprostitution in Deutschland. Vorwiegend ausländische Frauen, die wirtschaftlich und sozial schwach sind, werden dort im Rahmen organisierter Strukturen zwangsprostituiert.

Zwangsprostitution wird meist im Zusammenhang mit anderen schweren Straftaten gegen die betroffenen Frauen praktiziert. Diese Situation ist im Hinblick darauf, dass Frankfurt auch eine Stadt der Frauenrechte ist, unerträglich. Die Stadtverwaltung muss hier handeln: Ordnungs- und Gesundheitsamt, die für die Einhaltung des Prostituiertenschutzgesetzes zuständig sind, müssen mit der Landespolizei enger zusammenarbeiten. Diese Ämter müssen Konzepte für entsprechende niedrigschwellige Informations- und Hilfsangebote für die betroffenen Frauen erarbeiten.

Nein zum organisierten Zwangsbetteln

Wir Freien Demokraten fordern ein wirksames Konzept gegen das Zwangsbetteln, insbesondere in der Innenstadt. Insbesondere sozial schwache Menschen werden oftmals in organisierten Strukturen von Zuhälterei zum Betteln gezwungen. Derartige menschenverachtende Strukturen sind nicht hinnehmbar und müssen aufgelöst werden. Bürger müssen für den sozialen Schaden, den diese Strukturen verursachen, sensibilisiert werden: Geldspenden sollten besser nicht dem Zwangsbettler gegeben, sondern entsprechenden gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

Videoüberwachung nur als ultima ratio

Die Videoüberwachung ist mittlerweile zu einem Bestandteil der Sicherheitsarchitektur geworden. Wir Freien Demokraten beurteilen die Videoüberwachung im öffentlichen Raum kritisch, da sie in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingreift und ein weiterer Schritt auf dem Weg in den Überwachungsstaat ist. Belange des Datenschutzes sind kein Täterschutz und sollte nicht als solcher bezeichnet werden.

Wir befürworten eine Videoüberwachung dort, wo sie verhältnismäßig ist. Sie ist deshalb nur an gefahrgeneigten Stellen zu verantworten, bei denen es valide Belege dafür gibt, dass eine Videoüberwachung die Sicherheitslage in spürbarer Weise verbessern würde. Insbesondere zur Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität ist die Videoüberwachung nur bedingt geeignet, da sie in vielen Fällen zu Verdrängungseffekten führt.

Die Absicherung von Plätzen ästhetisch gestalten

Einige Plätze in Frankfurt, wie etwa der Opernplatz, oder die Hauptwache, sind durch große Betonquader gesichert. Hintergrund war insbesondere der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Da auch in Zukunft derartige Anschläge nicht auszuschließen sind, wird es in Zukunft auch bei dieser Sicherheitsmaßnahme bleiben. Im Gegensatz zum jetzigen Zustand sollte aber hierbei auch den ästhetischen Ansprüchen Rechnung getragen werden. Wir fordern deshalb Hindernisse, die sich entsprechend harmonisch in das Stadtbild einfügen, z. B. mit einer Grünbepflanzung. So wurden auf Initiative der Freien Demokraten in Alt-Sachsenhausen die dortigen Sicherungsanlagen mit der Bepflanzung von Apfelbäumen aufgewertet.

Frankfurt – Stadt des freien Meinungsdiskurses

Frankfurt muss ein Ort der Meinungs- und Versammlungsfreiheit bleiben. Dafür braucht es eine freiheitsorientierte Handhabung des Versammlungsrechts. Hierbei sind die Vorgaben der Rechtsprechung, insbesondere die des Bundesverfassungsgerichts, ausnahmslos und ohne Abstriche umzusetzen. Es ist nicht zielführend, Veranstaltungsverbote auszusprechen, die ohne weiteres von den Gerichten aufgehoben werden. Verbote von Veranstaltungen und Demonstrationen, ohne eine rechtliche Grundlage, darf es in Frankfurt nicht geben. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt hierbei insbesondere auch für nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Meinungen. Diese Grundrechte stehen hierbei auch demjenigen zu, der sich vom allgemeinen Grundkonsens wegbewegt, oder dessen Meinung sich sogar gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet. Eine starke Demokratie vertraut auf die Argumente der demokratischen Stimme. Die Freien Demokraten betrachten es mit Sorge, dass in jüngster Zeit durch Boykott und Blockadeaktionen Veranstaltungen von politisch offensichtlich missliebigen Menschen von einer Minderheit verhindert werden. Das schadet dem Geist einer pluralistischen demokratischen und liberalen Gesellschaft, die von der Toleranz geprägt ist. Der freie Diskurs muss insbesondere an den Universitäten und Hochschulen gewährleistet sein. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit steht nicht unter der Disposition der Antifa.

Keine Mahnwachen vor Schwangerschaftsberatungsstellen

Das Recht auf Versammlungsfreiheit hat allerdings dann zurückzutreten, wenn hierdurch der Kernbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts betroffen ist. Vor diesem Hintergrund wenden wir uns gegen die von christlichen Fundamentalisten unmittelbar vor den Schwangerschaftsberatungsstellen organisierten Mahnwachen. Eine schwangere Frau, die in einer emotional schwierigen und belastenden Situation ist, hat einen Anspruch auf eine anonyme Beratung, ohne einen entwürdigenden Spießrutenlauf erdulden zu müssen. Der durch die Mahnwachen erzeugte psychische Druck ist für die Frauen nicht zumutbar. Auf der anderen Seite kann von den Veranstaltern der Mahnwachen verlangt werden, einen Abstand von 150 m von der Beratungsstelle einzuhalten.

Geltendes Recht durchsetzen

Als Rechtsstaatspartei legen wir Freien Demokraten großen Wert auf die Bindung von Staat und Verwaltung an Recht und Gesetz. Es ist nicht hinnehmbar, wenn bestehendes Recht nicht umgesetzt wird, sei es aus Nachlässigkeit, oder weil dies aus politischen Gründen opportun erscheint. Deshalb sind rechtswidrige Hausbesetzungen nicht zu dulden. Die über 30 Jahre andauernde illegale Besetzung des städtischen Grundstücks „In der Au“ auf Kosten des Steuerzahlers muss beendet und auf eine rechtlich tragfähige Grundlage gestellt werden. Die ebenfalls rechtlich nicht transparente und wirtschaftlich nicht sinnvolle Nutzung des Anwesens Klapperfeld muss beendet werden. Wir fordern hier, dass das Grundstück für die dringend erforderliche Erweiterung der Justizgebäude genutzt wird.

Bedrohungen von Kommunalpolitikern thematisieren

Aufgrund der überragenden Bedeutung der Meinungsfreiheit haben Kommunalpolitiker selbstverständlich Kritik, auch in scharfer, pointierter und sehr polemischer Form hinzunehmen. Die rote Linie ist mit einer Bedrohung durch strafrechtlich relevantes Verhalten deutlich überschritten. Ein solches Verhalten ist strafrechtlich konsequent zu verfolgen, da die freie Mandatsausübung in keiner Weise beeinträchtigt werden darf. Wir Freien Demokraten treten diesen Tendenzen entschieden entgegen, unabhängig davon, ob die Bedrohung aus links- oder rechtsextremistischen Kreisen erfolgt.

SOZIALES, GESUNDHEIT & GESELLSCHAFT

Freiheit und Selbstbestimmung sind für uns Freie Demokraten Grundvoraussetzungen, damit jeder Mensch seine Chancen wahrnehmen und Autor seiner eigenen Lebensgeschichte werden kann. Dafür machen wir uns stark, vor allem in den Bereichen Soziales und Gesundheit. Unser Frankfurt ist eine offene, dynamische und liberale Metropole, in der jeder seinen Platz finden und sein Leben selbstbestimmt, verantwortungsvoll und frei gestalten kann. Mit unserer Politik wollen wir dies ermöglichen.

Gesundheit

Gesundheitsversorgung in Frankfurt sicherstellen

Wir wollen eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Frankfurt.

Dafür fordern wir:

- Eine engmaschigen Abstimmung des Magistrats mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH). Neue Quartiere müssen frühzeitig bedacht werden und die KVH ist rechtzeitig einzubeziehen, um die Planung der Kassensitze nicht zu verzögern. Frankfurt ist eine dynamisch wachsende Stadt. Die Zahl der Kassensitze muss mitwachsen, um eine ausreichende Versorgung für alle Bürger zu gewährleisten. Hierzu ist es besonders notwendig, dass bei der Planung ausreichend Raum für Gesundheitseinrichtungen und Praxen mitbedacht wird.
- Eine effiziente und bürgernahe Gesundheitsversorgung. Digitale Anwendungen entbürokratisieren Prozesse, sodass sie viel leichter in Anspruch genommen werden kann.
- Die Anhebung der Anzahl der Medizinstudienplätze, um dem zukünftigen Fachärztemangel entgegenzuwirken. Weiterhin muss die Ausfinanzierung der vorhandenen Studienplätze verbessert werden.

Darüber hinaus unterstützen wir flexible Blutspendeaktionen, um mehr Bürgern niedrigschwellig zu ermöglichen, Blut zu spenden. Nicht nur in Zeiten der Covid-19-Pandemie, aber auch gerade jetzt können wir so dem erheblichen Mangel an lebensnotwendigen Blutkonserven entgegenwirken.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der Öffentliche Gesundheitsdienst spielt für die Gesundheitsversorgung eine große Rolle. Vor allem in der Covid-19-Pandemie ist seine Bedeutung für alle Bürger besonders deutlich geworden. Nur ein gut aufgestellter Öffentlicher Gesundheitsdienst kann die Bürger gut und

besonnen durch schwere Krisen führen. Die Bürger erwarten Informationen, Rat und Auskunft. Diese Erwartung wollen wir in Frankfurt erfüllen.

Dazu möchten wir das Frankfurter Gesundheitsamt besser ausstatten. Sowohl personelle Engpässe als auch solche in der Digitalisierung müssen beseitigt werden. Durch digitale Anwendungen können Arbeitsabläufe vereinfacht und Potenzial gehoben werden. Es rächt sich aktuell, dass das Gesundheitsamt nicht optimal für die Covid-19-Pandemie gerüstet war.

Wir fordern die Einrichtung eines Gremiums mit Vertretern des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Politik und der Wissenschaft, das den Umgang mit der Pandemie evaluiert und den Pandemieplan anpasst. Außerdem soll dieses Gremium Vorschläge für die Digitalisierung des Gesundheitswesens in Frankfurt entwickeln. Der Datenschutz muss dabei selbstverständlich gewahrt werden.

Hebammen und Geburtshilfe

Der generelle Hebammenmangel ist auch in Frankfurt für werdende Eltern eine besondere Belastung. Hebammen geben werdenden Eltern die notwendige Sicherheit für die Entbindung. Sie werden dringend gebraucht, nicht nur für die Entbindung selbst, sondern auch im Vorfeld für Schwangerschaftskurse oder der Wochenbettbetreuung nach der Geburt. Der Beginn des Lebens prägt Eltern und Kind entscheidend.

Also müssen sich werdende Eltern auf eine angemessene Versorgung verlassen können.

Daher setzen wir uns ein für:

- Frankfurt als attraktiver Standort für Hebammen. Dazu fordern wir kostenlose Parkmöglichkeiten für Hebammen, um Hausbesuche durchzuführen.
- Frankfurt als Studienstandort für die Ausbildung von Hebammen.
- Unterstützung durch die Stadt für Hebammen, die ihre Tätigkeit in Frankfurt aufnehmen.
- Die Förderung und Unterstützung der Geburtshilfe in Frankfurt.

Wir fordern:

- Die Einrichtung eines dauerhaften Expertengremiums aus Politik, Verbänden und Hebammen zur Findung kreativer Lösungen gegen Hebammenmangel.
- Eine Lösung für freiberufliche Hebammen, die aufgrund horrender Versicherungsprämien teilweise den Beruf nicht weiter ausüben können. Im Sinne der Attraktivitätssteigerung des Berufes möchten wir hier gegensteuern.

Pflege

Unsere Gesellschaft altert und sowohl stationäre als auch ambulante Pflege gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Covid-19-Pandemie hat die Defizite in diesen Bereichen besonders zutage gebracht. Aufgabe der Politik ist es, für angemessene Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte zu sorgen und die Versorgung der zu Pflegenden sicherzustellen. Angehörige müssen entlastet werden, um weiter ihren beruflichen Tätigkeiten nachgehen zu können und in ihrem sozialen Leben nicht über Gebühr eingeschränkt zu werden. Altern muss in Frankfurt würdevoll möglich sein.

Wir setzen uns ein für:

- Ausreichend Pflegeplätze und vor allem ausreichend Personal.
- Einen attraktiveren Pflegeberuf und -standort, um den Fachkräftemangel zu begegnen. Genauso wie für Hebammen, erleichtert ein Parkausweises für ambulante Pflegediensten Hausbesuche.
- Rücksicht auf kulturelle wie religiöse Umstände in der Pflege. Die Bevölkerung Frankfurts ist multikulturell, entsprechend muss Pflege kultursensibel sein.
- Eine aktive Förderung von Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen.

Darüber hinaus fordern wir:

- Eine verstärkte und bürokratiearme Hilfestellung für die häusliche Pflege
- Die Digitalisierung in der Pflege, um das Personal zu entlasten und Angebote zu vernetzen. Hier setzen wir auf entbürokratisierte Strukturen, Künstliche Intelligenz und Robotik, die in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich eingesetzt und das Pflegepersonal entlastet.

Soziales

Familienfreundliche Stadt: Beruf und Familie in Einklang bringen

Mit der Veränderung von Familienentwürfen müssen Familie und Beruf umso besser miteinander vereinbar sein: Häufig wollen oder müssen beide Elternteile arbeiten gehen. Dabei ist es mitunter schwierig, die beruflichen Karrieren und das familiäre Leben unter einen Hut zu bekommen; dies gilt im Besonderen für Alleinerziehende. Für uns Freie Demokraten steht die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen in allen Bereichen des Lebens an höchster Stelle. Aus diesem Grund sehen wir die Politik dazu verpflichtet, die notwendigen Angebote für Eltern zu schaffen, damit diese für sich und für ihre Kinder die besten Lösungen erhalten.

Vereinsarbeit stärken - Ehrenamt wertschätzen

Freiheit und Verantwortung gehören für uns Freie Demokraten untrennbar zusammen: Für uns ist die ehrenamtliche Tätigkeit vieler Bürger in Vereinen, Verbänden und Religionsgemeinschaften von unschätzbarem Wert. Sie ist Ausdruck von Freiheit, Nächstenliebe, Bürgersinn und Freude an der Gemeinschaft gleichermaßen. Die Vereine und Kirchen sind Teil unserer Identität, sie sind die Seele der Stadt. Sie bringen die unterschiedlichsten Menschen zusammen. Hier wachsen Freundschaften und Kontakte. In ihnen wird das gesellschaftliche Miteinander gelebt; Werte werden vermittelt. Hier wird Heimat und Identität geschaffen. Diese wertvolle Arbeit wollen wir mit einer stärkeren Vereinsfinanzierung unterstützen.

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Wir Freien Demokraten sehen in einer guten Kinder- und Jugendförderung den besten Weg zu Chancengerechtigkeit. Kein Talent darf verloren gehen, weil es nicht richtig gefördert wurde oder schlechte Startbedingungen hatte. In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden Talente erkannt und gefördert und Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammengebracht.

Dazu fordern wir:

- die Kinder und Jugendlichen endlich strukturiert in die Entscheidungen der Frankfurter Politik einzubinden, wie es die Hessische Gemeindeordnung bereits seit langem vorsieht. Dazu bedarf es sowohl in anderen Städten bereits etablierter Formate, wie z. B. Jugendparlamente auf Stadt- und Ortsbeiratsebene, als auch kreativer und zeitgemäßer neuer (auch digitaler) Partizipationsmöglichkeiten. Wir Freien Demokraten begrüßen daher ausdrücklich die hierzu bereits eingesetzte Arbeitsgruppe.
- die Einrichtung eines Gremiums der Frankfurter Kinderbeauftragten, analog zum Dreierausschuss der Stadtbezirksvorsteher. Die Kinderbeauftragten sollen sich hier besser vernetzen, austauschen und in die Arbeit des Magistrats einbringen können.
- Präventionsprogramme zu fördern, die Kinder und Jugendliche mit demokratischen Werten und Strukturen vertraut machen und einer politischen oder religiösen Radikalisierung vorbeugen.

Geflüchtete

Frankfurt beherbergt eine Vielzahl geflüchteter Menschen aus der ganzen Welt. Das bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich, die in der Vergangenheit nicht optimal angegangen wurden. Eine gelungene Flüchtlings- und Integrationspolitik sind für eine Stadt wie Frankfurt jedoch essentiell. Wir Freien Demokraten machen Politik für alle, die in Frankfurt leben. Das bedeutet, dass wir Integration fördern und fordern. Die Politik muss dazu einen erheblichen Beitrag leisten und z. B. Sprach- und Integrationskurse allen kostenfrei zugänglich machen.

Die Covid-19-Pandemie hat aufgezeigt, in welchen bisweilen prekären Verhältnissen Geflüchtete untergebracht werden. Die Stadt darf Gemeinschaftsunterkünfte nicht zu Hotspots der Pandemie machen. Daher fordern wir eine zunehmend dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen sowie das Festschreiben von Mindeststandards in Gemeinschaftsunterkünften. Diese Gemeinschaftsunterkünfte dürfen keine dauerhafte Lösung sein. Stattdessen ist dafür zu sorgen, dass Menschen mit geklärtem Aufenthaltsstatus schnellstmöglich in eine eigene Wohnung umziehen können.

Die Gebühren, die Geflüchtete für die Gemeinschaftsunterkunft entrichten müssen, sind zu deckeln, um den Anreiz einer Beschäftigung nachzugehen, nicht im Keim zu ersticken. Arbeit ist ein wesentliches Instrument für die Integration, das wir daher fördern und unterstützen.

Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass Geflüchtete regelmäßig Zugang zu WLAN haben sowie digitale Endgeräte nutzen können. Das gilt insbesondere in Zeiten der Pandemie, in der es unerlässlich ist, dass Kinder und Jugendliche zu schulischen Zwecken Zugang zu internetfähigen Geräten bekommen.

Transparente Sozialpolitik

Sozialpolitik soll den Menschen in der Not helfen und stets ein Aufstiegsversprechen enthalten. Die karitative Wirkung muss im Mittelpunkt einer gelungenen Sozialpolitik stehen, nicht die Finanzen der Einrichtung. Der aktuelle AWO-Skandal zeigt, dass es an Transparenz und Kontrollmöglichkeiten fehlt. Leider hat eine Gruppe von Menschen diesen Umstand genutzt, um öffentliche Mittel, die für soziale Aufgaben vorgesehen waren, zum eigenen Vorteil zu veruntreuen.

Historisch gewachsene Verquickungen zwischen Sozialverbänden und Lokalpolitikern begünstigten den Skandal. Daher setzen wir uns für eine umfassende Aufarbeitung und Evaluation ein und werden Doppelstrukturen effizient abbauen.

Für dieses Ziel fordern wir:

- Das Besserstellungsverbot muss eingehalten werden, um das Vertrauen in karitative Einrichtungen wiederherzustellen. Dazu ist auch notwendig, dass die Gehälter der Geschäftsführer der Sozialverbände offengelegt werden und diese nicht das gesunde Maß übersteigen dürfen.
- Die Sozialverbände müssen in die Lage versetzt werden, Missbrauch zu verhindern und interne Beschwerden transparent zu bearbeiten.
- Die Stadt muss die Zuschussempfänger effektiver kontrollieren und Hinweisen gegen Verstöße schneller und effizienter nachgehen.
- Jede neue soziale Aufgabe muss ausgeschrieben und transparent vergeben und begründet werden. Freihändige Beauftragungen müssen beendet werden. Soziale

Dienstleistungen müssen für einen sinnvollen Zeitraum ausgeschrieben und nicht auf Dauer vergeben werden.

- Ein stadtweites Transparenzregister für soziale Träger, in dem relevante Angaben über die Sozialverbände, ihre Geschäftsführung, Zuschüsse, Verwaltungskosten und Gehälter enthalten sind. Außerdem soll damit regelmäßig Rechenschaft über Programme abgelegt werden, die von der Stadt finanziell unterstützt werden.

Teilhabe im Alter

Wir Freien Demokraten wollen die Entwicklung von sozialraumorientierten Mehrgenerationenkonzepten fördern, in denen Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen können. Solche Modelle können den sozialen Zusammenhalt verbessern. Wir begrüßen es, wenn Senioren am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben z. B. durch ein Engagement im Ehrenamt teilnehmen, und unterstützen dies. Die Lebenserfahrung älterer Menschen ist als Wert für alle Generationen in Frankfurt zu erhalten.

Für die Teilhabe von Senioren spielt die Digitalisierung eine tragende Rolle. Die Pandemie hat verdeutlicht, welchen Stellenwert digitale Kompetenzen, WLAN und auch digitale Endgeräte für ältere Menschen bekommen können. Sie dienen nicht nur der Behandlung von Demenz, sondern sind Mittel gegen drohende Vereinsamung und beugen somit psychischen Erkrankungen vor.

Daher fordern wir:

- Flächendeckende Weiterbildungsangebote für Senioren zur Nutzung digitaler Medien.
- Die schnellstmögliche Umsetzung von flächendeckendem WLAN in allen Alten- und Pflegeeinrichtungen. Hierzu soll die Stadt mit Trägern an schnellen Lösungen arbeiten.
- Festgeschriebene Anhörungsrechte bei Seniorenthemen und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung, um echte politische Teilhabe zu ermöglichen.

Zusätzlich suchen wir im kulturellen Bereich den Dialog mit nicht-städtischen Einrichtungen, um hier vergünstigte Eintrittspreise zu erreichen – nicht nur für Senioren, sondern auch für finanziell schwächer Gestellte.

Teilhabe behinderter Menschen

Die Politik hat den besonderen Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen Rechnung zu tragen und diese so gut wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren.

Wir wollen sicherstellen, dass ausreichend Kapazitäten für die Betreuung behinderter Menschen vorhanden sind.

Im Sinne der Barrierefreiheit ist an vielen Stellen nachzubessern. Nicht nur bei Neubauprojekten darf Barrierefreiheit unabdingbar sein, auch im Stadtbild muss die Teilhabe behinderter Menschen eine größere Bedeutung erfahren. Für dieses Bewusstsein für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen unterstützen wir Konzepte und Kampagnen, die außerdem Stigmatisierungen abbauen.

Mehr Kapazitäten für Frauenhäuser

Häusliche Gewalt ist ein Phänomen, das in allen Altersstufen und gesellschaftlichen Schichten vorkommt. Die Covid-19-Pandemie hat Paare und Familien stärker räumlich isoliert und dadurch häusliche Gewalt nochmals verstärkt.

Wir machen uns stark im Bereich der präventiven Täterarbeit, um bereits im Vorfeld von Gewalt tätig zu werden. Die Stadt muss Beratungs- und Schulungskapazitäten für Polizei, Justiz und Ehrenamtliche schaffen. Es ist essentiell, dass alle Beteiligten ausreichend sensibilisiert werden. Nur so kann häusliche Gefahr erkannt und wirksam bekämpft werden, ohne die Betroffenen zu gefährden. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz und Beratung niedrigschwellig ist. Wir fordern ausreichend Beratungsstellen, die erheblich bekannter werden müssen. Als Beispiel sei hier das Codewort "Maske 19" genannt, welches im Zuge der Pandemie zum Einsatz kam. Dadurch konnten Betroffene in Apotheken signalisieren, dass sie Schutz benötigen. Solche kreativen Lösungen sind zu finden, aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Wir setzen uns für den Ausbau der Kapazitäten der Frauenhäuser ein. Insbesondere sind dabei Barrierefreiheit sicherzustellen sowie ausreichend Plätze zur Kinderbetreuung, denn Frauen suchen meist mit ihren Kindern Schutz. Wir wollen auf eine digitalisierte Vernetzung der Hilfs- und Beratungsangebote hinwirken, die sowohl die Verwaltung verschlanken als auch den Zugang für Betroffene erleichtern.

Obdachlosigkeit effektiv begegnen

Eine Wohnung gibt dem Menschen Halt und Würde. Wir Freien Demokraten möchten Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen, um den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.

Grundsätzlich bieten Politik und karitative Einrichtungen zahlreiche Angebote an, die Menschen mit psychischen Problemen, Sucht und Schulden Hilfe anbieten. Allerdings gibt es zum einen nicht ausreichend Angebote, um der großen Nachfrage gerecht zu werden, zum anderen sind die Angebote nicht niedrigschwellig genug. Viele Betroffene haben Schwierigkeiten mit bürokratischer Verwaltung und scheitern bereits an den administrativen Schritten.

Daher fordern wir die Unterstützung bestehender Strukturen, die wohnungs- und obdachlosen Menschen Hilfe bieten. Wir setzen uns ein für eine entbürokratisierte und moderne Verwaltung, die in erster Linie Dienstleister für die Bürger ist. Das bedeutet, wir wollen digitaler Lösungen einrichten, die Behördengänge vermeiden und vereinfachen. Eine Bündelung der Hilfs- und Beratungsangebote soll verhindern, dass die Menschen lediglich von einer Stelle zur nächsten durchgereicht werden.

Wir fordern die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle, die als erste Anlaufstelle für die Betroffenen dienen soll. Dort soll den Betroffenen ein Überblick über ihre Optionen verschafft werden und eine Perspektive aufgezeigt werden, damit diese Menschen wieder in unsere Gesellschaft integriert werden können.

Für eine Reform in der Drogenpolitik / Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis

Der Frankfurter Weg im Umgang mit Suchterkrankungen muss aktualisiert werden. Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression müssen besser verbunden werden.

Wir wollen keine offene Drogenszene in Frankfurt haben, aber Drogenabhängige gehören zur Stadtgesellschaft. Wir wollen Drogenabhängige integrieren, wo es geht, aber der öffentliche Raum muss gegenüber der heutigen Situation, insbesondere im Bahnhofsviertel, entlastet werden. Ziel muss es sein, die Interessen der Bewohner, Arbeitnehmer, Geschäftsleute und Drogenabhängigen auszugleichen.

Das heißt: Wir dulden keinen Drogenkonsum auf der Straße. Wir stellen den Drogensüchtigen aber Drogenhilfeeinrichtungen (Konsumräume) zur Verfügung, die attraktiver sind als der öffentliche Raum. Dies bedeutet, dass in diesen Einrichtungen der Handel mit Kleinstmengen an Drogen toleriert werden soll, denn wir wissen, dass Schwerstabhängige nicht „clean“ zu bekommen sind. Diese Politik wird ergänzt durch ein Wohnprogramm für Schwerstabhängige.

Wir Freien Demokraten halten die zurzeit bestehende strafrechtliche Kriminalisierung von Cannabis für kontraproduktiv. Deshalb fordern wir ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Frankfurt. Dieses hätte das Potenzial, die Justiz zu entlasten und den illegalen Drogenhandel zu unterbinden.

EUROPA

Mit der Europäischen Zentralbank beherbergt Frankfurt eines der Organe der Europäischen Union. Der Flughafen ist das Tor in die Welt und die Bürger Frankfurts gehören den unterschiedlichsten Nationalitäten an. Wir machen Politik für eine echte europäische Metropole und für die Menschen, die in ihr wohnen.

Städtepartnerschaften

Wir begrüßen das Modell der Städtepartnerschaften und fordern den Ausbau und die Intensivierung ebendieser. Dazu möchten wir den Austausch von Schulen und Vereinen unterstützen und somit einen Beitrag zur Bildung und Vernetzung leisten.

Mehrsprachigkeit in der Stadtverwaltung

Es muss selbstverständlich sein, dass die Verwaltung nicht nur digital, sondern auch in mehreren Sprachen mit den Bürgern in den Dialog tritt. Die Homepage der Stadt muss im 21. Jahrhundert ankommen und auch mehrsprachig verfügbar sein. Nur so können wir der nationalen Vielfalt der Frankfurter gerecht werden und die Stadtverwaltung zu einem effizienten Dienstleister weiterentwickeln. Nur, wenn die Informationen in mehreren Sprachen zugänglich sind, kann Frankfurt als echte europäische Metropole Anerkennung finden.

Zusammenarbeit mit internationalen Gesellschaften und Organisationen

In und um Frankfurt sind mehrere internationale Clubs, Gesellschaften, Vereine, Einrichtungen und Organisationen ansässig. Mit der Europäischen Zentralbank als Institution, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), dem Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte sowie den international ausgerichteten Schulen seien nur einige exemplarisch genannt. Wir möchten Kooperationen schließen, gemeinsame Veranstaltungen organisieren und Europa so auch in der Stadtgesellschaft besser erlebbar machen.

Infrastruktur für Ausländer

Wir möchten international Beschäftigte besser in die Stadtgesellschaft integrieren. Dazu möchten wir einen bei der Stadtverwaltung angesiedelten Expat Service Desk einrichten, der bei administrativen Schritten die Expats unterstützt und berät.

Wir setzen uns für ein Schul- und Kinderbetreuungsangebot ein, das einer europäischen Metropole gerecht wird und auch ausreichend bilinguale Bildungsoptionen bereithält.

Europa sichtbarer machen

Anlässlich des Europatages am 09. Mai sowie der dann stattfindenden Europawoche sollen jährlich Veranstaltungen stattfinden, die von internationale Gesellschaften, Vereine und Institutionen mitgestaltet werden.

Die Stadt Frankfurt soll eine Konferenz zur "Stadt der Zukunft in Europa" einberufen. Dort kann sich die Stadt nicht nur weiterentwickeln, sondern zudem vernetzen und profilieren. Mit gezielten Maßnahmen lässt sich so für Messe, Tourismus, Bildung und Kultur ein Mehrwert schaffen.

Frankfurt muss sich proaktiv im europäischen Wettbewerb um europäische Sportereignisse bemühen. Dazu muss unter anderem eine attraktive Infrastruktur geschaffen werden und die Sportstätten instandgesetzt werden.

Bei der Neugestaltung der Paulskirche und des Hauses der Demokratie muss Europa thematisch in der Planung berücksichtigt werden. In den Schulen soll mit europäischen Themenwochen, europäischen Austausch und einem Planspiel Europa verstärkt Berücksichtigung finden.

FRAUEN

Die Lebenswelt von Frauen ist vielfältig und Frauen sind vor alltägliche Herausforderungen gestellt, denen wir mit liberalen Lösungen begegnen. Wir machen Politik für die eigenständige, selbstbestimmte Frau von heute jeden Alters.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir wollen eine echte Anlaufstelle für alle Themen und Belange schaffen, die Frauen in unserer Stadt beschäftigen. Diese Anlaufstelle soll ein Kompetenzzentrum sein, um beispielsweise Veranstaltungen für Bewerbungs- oder IT-Training für junge Frauen, Workshops zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern zu organisieren. Das Zentrum soll zur Vorsorge und Bekämpfung von Altersarmut von Frauen beraten und Frauen-Netzwerke aufbauen.
- Kinder sollten am oder in der Nähe des Arbeitsplatzes eines Elternteils betreut werden können. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung betrieblicher Kindergärten. Wir fördern den Ausbau von einer garantierten Ferienbetreuung für alle Vorschul- und Schulkinder bis einschließlich der 7. Klasse in der Stadt Frankfurt.
- Wir wollen für Gründerinnen eine Kooperation mit Banken initiieren mit dem Ziel, Frauen in Gründung Zugang zu Risikokapital zu gewähren. Durch gezielte Förderung und der Vermittlung spezieller Kredite für Start-up Gründungen sollen Frauen zusätzlich motiviert werden, eigene Ideen zu verwirklichen.
- Die städtischen Jurys, z. B. bei Denkmälern, Preisverleihungen und Architekturwettbewerben, sollen mit einem angemessenen Anteil an Frauen besetzt werden.
- Wir wollen explizit an Frauen gerichtete Messen nach Frankfurt holen, auf denen Frauen sich beruflich weiterentwickeln und vernetzen können, und für diese aktiv werben.
- Wir wollen mehr Beratungsangebote für Frauen schaffen, u.a. eine freiwillige und kostenlose Beratung von Frauen ab 27 Jahren zu Ausbildungsstatus und Altersversorgung, zu der die Stadt aktiv einlädt.
- Wir wollen den Frauenanteil im Stadtparlament und in den Ortsbeiräten erhöhen. Hierfür wollen wir erreichen, dass digitale Formate in der Kommunalpolitik zum Standard werden. Gleichzeitig wollen wir ein parteiübergreifendes Netzwerk schaffen, in dem sich Frauen über ihre kommunalpolitischen Erfahrungen austauschen können und Benchmark-Projekte vorgestellt werden.
- Wir wollen Frauen in kommunalen Führungspositionen stärken. Ziel muss es sein, dass Frauen die gleichen Chancen haben, in Führungspositionen zu kommen, wie Männer mit gleicher Qualifikation.

- Frauenhäuser in Frankfurt stoßen an ihre Grenzen. Deshalb wollen wir in Frauenhäusern mehr Kapazitäten einrichten und Frauen eine Perspektive geben. Außerdem wollen wir verstärkt über häusliche Gewalt aufklären. Prävention bleibt das wirksamste Instrument.
- Wir wollen mehr Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum. Angsträumen begegnen wir durch gute Beleuchtung im öffentlichen Raum, insbesondere an Haltestellen, laute Touch-Säulen für Notsituationen. Frauen sollten dazu auch institutionell verstärkt in Planungsprozesse im Verkehrsbereich und in der Stadtentwicklung eingebunden werden.
- Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung werdender Mütter durch beispielsweise Hebammen ein (s. auch Kapitel „Soziales / Gesundheit“).

INTEGRATION

Frankfurt ist eine Metropole, in der sich Menschen, Unternehmen und Institutionen aus aller Welt angesiedelt haben. Frankfurt hat eine lange liberale und weltoffene Tradition. Viele Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten und leben in der Stadt. Sie tragen zum Wohlstand der Stadt bei und haben ein Recht auf eigene kulturelle Identität. Wir Freien Demokraten bekennen uns zu Offenheit und Toleranz im Zusammenleben aller Bürger. Gewalt und Fremdenhass haben darin keinen Platz.

Wir fordern, aktiv die Probleme in der Integration anzusprechen: Rechtsextremismus, Salafismus, Parallelgesellschaften und der zunehmend offen verbreitete Antisemitismus lassen sich nicht durch Weggucken lösen. Die Stadt Frankfurt muss viel aktiver werden, damit jeder Einzelne in Eigenverantwortung sein persönliches Lebenskonzept verwirklichen kann. Rechtliche Grundlage ist und bleibt ohne Ausnahme das Grundgesetz und die darin verankerten Grundrechte.

Daher fordern wir:

- Die Stadt muss mehr Integrationskursen anbieten und intensiver bewerben.
- Besonders in den einzelnen Stadtteilen müssen Angebote aufrechterhalten und gezielt darauf geachtet werden, dass diese Möglichkeiten genutzt werden.
- Gesetzlich gegebene Sanktionsmöglichkeiten müssen konsequent angewandt werden. Die Behörden müssen zudem verstärkt mit den verschiedenen Initiativen in den Stadtteilen zusammenarbeiten, um die Integrationsarbeit bewerten und optimieren zu können.
- Die Integrationsangebote müssen jährlich evaluiert werden.
- Sprach- und Integrationskurse müssen unmittelbar nach der Zuweisung an die Stadt Frankfurt aufgenommen werden. Die Integrationskurse müssen im Schwerpunkt die freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihre Werte vermitteln.
- Ein Programm zur Unterbringung von Geflüchteten in Wohnraum, damit wir so schnell wie möglich verbliebene Notunterkünfte und Unterbringungen in Hotels etc. beenden können.
- Die Stadt muss schnellstmöglich die Zusammenarbeit mit der IHK, der Arbeitsagentur für Arbeit und Ausländerbehörden aufnehmen, um Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben, so rasch wie möglich Arbeit zu finden.

FDP Kreisverband Frankfurt am Main

Niddastraße 108, 60329 Frankfurt am Main

T: 069-590955

info@fdp-frankfurt.de

<https://fdp-frankfurt.de>